

**„Ulbricht-Doktrin“ oder „Gomulka-Doktrin“?
Das Bemühen der Volksrepublik Polen um eine
geschlossene Politik des kommunistischen Blocks
gegenüber der westdeutschen Ostpolitik 1966/67**

von

Wanda Jarzabek

Einführung

Gegenstand des vorliegenden Beitrags ist die Reaktion Polens auf die veränderte Ostpolitik der Bundesrepublik in den Jahren 1966/67. Im folgenden werden aber weniger die polnisch-westdeutschen Beziehungen im Mittelpunkt stehen als vielmehr die diplomatischen Aktivitäten der Warschauer Regierung im Verhältnis zu den Mitgliedsstaaten des Warschauer Pakts (mit Ausnahme Albanien). Polen, das angesichts der Folgen des Zweiten Weltkriegs ein besonderes Interesse an einer geschlossenen Deutschlandpolitik des kommunistischen Blocks haben mußte, bemühte sich nach der Bonner Friedensnote vom März 1966 unter den Mitgliedern des Warschauer Pakts intensiv um Rückhalt für seine außenpolitischen Positionen in der „deutschen Frage“. Ein gewissermaßen natürlicher Verbündeter war dabei die DDR, die wie Polen die Rolle des Moskauer Juniorpartners bei der Ausgestaltung der Deutschlandpolitik der Blockstaaten anstrebte.¹

Wer sich als Historiker mit der Außenpolitik der Ostblockländer beschäftigt, steht vor der schwierigen Aufgabe, die Handlungsspielräume der einzelnen Akteure zu beschreiben. Zweifelloos war die Abhängigkeit der Satellitenstaaten von der Sowjetunion struktureller Natur, ob im Bereich der Wirtschaft, des öffentlichen Lebens, der Innen- oder der Außenpolitik. Nichtsdestotrotz hat es immer wieder Versuche seitens der übrigen Mitgliedsstaaten des Warschauer Pakts gegeben, Moskau gegenüber abweichende Positionen zu behaupten. Die rumänische Führung beispielsweise nahm wiederholt eine andere Haltung als die sowjetische Regierung ein, und Gomulka trug den scharfen sowjetischen Kurs gegenüber China seit 1958 anfänglich nicht mit. Besonders augenfällig waren gegenläufige Auffassungen im wirtschaftlichen Bereich, etwa zur Vertiefung der Zusammenarbeit im Rahmen

¹ Wobei allerdings einschränkend festzuhalten ist, daß man der ostdeutschen Regierung in Warschau nicht vollständig vertraute und daß die gegenseitigen Beziehungen nicht eben freundschaftlich waren. Siehe dazu neben anderen SHELDON ANDERSON: A Cold War in the Soviet Bloc. Polish-East German Relations 1945-1962, Boulder/CO 2001.

des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW).² Hier, so scheint es, waren Auseinandersetzungen und die Versuche einzelner Staaten, ihre Eigeninteressen durchzusetzen, am häufigsten. Die von der Bundesrepublik eingeleitete Entspannungspolitik brachte diese schon länger bestehenden Konflikte zu Tage. Insofern mag die Kenntnis des polnischen Blickwinkels und der politischen diplomatischen Aktivitäten auch für jene aufschlussreich sein, die weniger an Polen selbst als an der Geschichte des Ostblocks und der Stellung der Satellitenstaaten insgesamt interessiert sind.

Noch immer gibt es kaum – zumal quellennah – Arbeiten zu den inneren politischen Verhältnissen des Ostblocks, und dies gilt auch für die Versuche der Warschauer Regierung, die Politik der Blockstaaten gegenüber der westdeutschen Ostpolitik zu koordinieren. Historiker haben sich bislang für gewöhnlich eher mit den bilateralen Beziehungen Polens zu den beiden deutschen Staaten befaßt.³ Zudem mangelt es sowohl an ausführlichen Untersuchungen als auch an Quellenpublikationen zur Haltung der übrigen Staaten des Warschauer Pakts gegenüber der westdeutschen Ostpolitik.⁴

² Vgl. dazu Relacja Władysława Gomułki ze spotkania z delegacją radziecką w Białowieży 25 października 1964, wygłoszona na II plenium KC PZPR w listopadzie 1964 r. [Bericht Władysław Gomułkas über das Treffen mit der sowjetischen Delegation in Białowieża vom 25. Oktober 1964, vorgetragen während der 2. Vollversammlung des ZK der PVAP im November 1964], in: *Tajne dokumenty Biura Politycznego. PRL – ZSSR 1956-1970* [Geheimdokumente des Politbüros. Polen und die UdSSR 1956-1970], London 1998, S. 245-259.

³ Siehe u.a. DIETER BINGEN: *Polityka Republiki Bońskiej wobec Polski. Od Adenauera do Kohla 1949-1991* [Die Außenpolitik der Bonner Republik. Von Adenauer bis Kohl 1949-1991], Kraków 1997; KRZYSZTOF RUCHNIEWICZ: *Warszawa – Berlin – Bonn. Stosunki polityczne 1949-1958* [Warschau – Berlin – Bonn. Die politischen Beziehungen 1949-1958], Wrocław 2003 (Acta Universitatis Wratislaviensis, 2498; Monografie Centrum Studiów Niemieckich i Europejskich im. Willy Brandta, 3); MIECZYŚLAW TOMALA: *Patrząc na Niemcy. Od wrogosci do porozumienia 1945-1991* [Blick auf Deutschland. Von Feindschaft zu Verständigung 1945-1991], Warszawa 1997 (dt. Ausgabe unter dem Titel „Deutschland – von Polen gesehen. Za den deutsch-polnischen Beziehungen 1945-1990“, Marburg 2000); JANUSZ JÓZEF WĘC: *Die Deutschlandpolitik Polens 1945-1991. Die deutsche Frage aus polnischer Sicht*, in: DIERS und DIETER BINGEN: *Die Deutschlandpolitik Polens 1945-1991. Von der Status-Quo-Orientierung bis zum Paradigmenwechsel*, Kraków 1993, S. 11-117 (Zeszyty Naukowe Uniwersytetu Jagiellońskiego, 1121; *Prace z Nauk Politycznych*, 51); DOUGLAS SELVAGE: *Poland, the German Democratic Republic and the German Question, 1955-1967* (masch. Diss. Ann Arbor/MI 1998).

⁴ Die Autorin hatte nicht die Möglichkeit, eine entsprechende Rundfrage an die Archive der ehemaligen Blockstaaten zu richten; der Zugang zu russischen Archivbeständen dieser Zeit ist überdies eingeschränkt. Aus diesen Gründen ist es noch immer äußerst schwierig, eine Gesamt Darstellung der Reaktion des Ostblocks auf die Ostpolitik der Bundesrepublik zu schreiben. Aus einer 2003 in Warschau abgehaltenen Konferenz ging jedoch eine Publikation mit Einzelstudien zum Thema hervor: *Recepcja Ostpolitik w RFN i w krajach bloku komunistycznego* [Die Aufnahme der Ostpolitik in der DDR und den Ländern des kommunistischen Blocks], hrsg. von JÓZEF FISZER und JERZY HOLZEK, Warszawa 2004. Darin u.a. enthalten CHRISTOPH KLESMANN: *Die Ostpolitik*

Wer sich diesen Themen widmet, bleibt also in erster Linie auf eigenes Aktenstudium verwiesen. Neben den publizierten Quellen zur bundesdeutschen Außenpolitik stützt sich der vorliegende Aufsatz deshalb vor allem auf Dokumente aus dem Archiv des polnischen Außenministeriums und des Archivs Neuer Akten (Bestand Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei [*Polska Zjednoczona Partia Robotnicza, PVAP*]) in Warschau. Als besonders aufschlussreich erwiesen sich Aufzeichnungen über die bilateralen Gespräche, darunter jene zwischen den Ersten Sekretären der kommunistischen Parteien und mit den sowjetischen Diplomaten, sowie Aktenvermerke über gegenseitige Besuche, die politischen Berichte polnischer Diplomaten, Ausarbeitungen des polnischen Außenministeriums zur Außenpolitik von Drittstaaten und Depeschen aus einzelnen Ländern. Wenn es auch an Akten fehlt, aus denen die Entscheidungsprozesse auf höchster Ebene sowie Einzelheiten des in dieser Phase herrschenden Verhältnisses zwischen Politbüro und polnischem Außenministerium ersichtlich würden, so zeigen die Dokumente doch immerhin, daß das Außenministerium dem Sekretariat des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der PVAP, Władysław Gomułka, Informationen lieferte, Materialien für Gespräche vorbereitete und laufende diplomatische Aktivitäten leitete. Wie sich Zeitzeugen erinnerten, arbeiteten Gomułka und der damalige Außenminister Adam Rapacki eng zusammen und waren dabei zugleich bemüht, Parateilnahmen zu umgehen.⁵ Während der Sitzungen des Politbüros scheinen den erhaltenen Protokollen zufolge denn auch weder außenpolitische Grundsatzfragen diskutiert noch dem Außenministerium vom

der Bundesrepublik aus der Sicht der DDR, S. 15-25; MIKROSLAV KUNŠTÁT: *Die neue Ostpolitik der BRD und die Tschechoslowakei*, S. 43-52; WANDA JARZABEK: *PRL wobec nowej polityki wschodniej RFN 1966-1967* [Die Volksrepublik Polen und die neue Ostpolitik der Bundesrepublik in den Jahren 1966/67], S. 53-73, sowie ein Beitrag von Gomułkas engem Mitarbeiter ANDRZEJ WERBLAN: *Ewolucja stanowiska Władysława Gomułki w sprawie polityki wschodniej Republiki Federalnej Niemiec* [Die Entwicklung der Haltung Władysław Gomułkas bezüglich der Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland], S. 75-82.

⁵ Vgl. die Lebenserinnerungen des damaligen stellvertretenden Außenministers JÓZEF WINIEWICZ: *Co pamiętam z długiej drogi życia* [Was ich von einem langen Lebensweg erinnere], Poznań 1995. Interessante Hinweise enthalten auch die mehrbändigen Aufzeichnungen des Journalisten und späteren polnischen Ministerpräsidenten MIECZYŚLAW RAKOWSKI: *Dzienniki polityczne* [Politische Tagebücher], hier die Bde. 2 (1963-1966) und 3 (1967/68), Warszawa 1997, 1999. Außerdem hat die Autorin Gespräche mit dem ehemaligen polnischen Außenminister Józef Czyrek sowie mit Bogumil Rychłowski, ehemals Russisch-Dolmetscher im polnischen Außenministerium, geführt. – Die Stellung des Außenministeriums war recht gefestigt, was sowohl Folge des Vertrauens war, das Gomułka Rapacki entgegenbrachte, als auch der hohen Qualifikation einiger von dessen Mitarbeitern, die sich häufig schon vor dem Zweiten Weltkrieg durch ein Hochschulstudium für eine entsprechende Karriere empfohlen hatten. Wenn man die Aktivitäten der polnischen Diplomatie während dieser Zeit betrachtet, darf man den „menschlichen Faktor“ sicherlich nicht außer acht lassen.

Zentralkomitee bestimmte Aufgaben zugeteilt, sondern lediglich bereits umgesetzte Beschlüsse oder eingeleitete Schritte besprochen worden zu sein.⁶

In der Forschungsliteratur ist bislang vor allem der Einfluß Walter Ulbrichts auf die Politik des Ostblocks gegenüber der Bundesrepublik während der Jahre 1966/67 untersucht worden. Die nach ihm benannte Doktrin, der zufolge ein Staat, der diplomatische Beziehungen zur DDR unterhielt, erst nach einer gegenseitigen Anerkennung der beiden deutschen Staaten diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland aufnehmen dürfe, wurde vielfach als die ostdeutsche Entsprechung der Hallstein-Doktrin bewertet.⁷ Die Annahme, Ulbricht habe großes Gewicht in der Politik der Blockstaaten besessen, stützt sich nicht zuletzt auf die Einschätzung einiger westdeutscher Politiker wie Helmut Schmidt, der nach seinem Besuch in Polen im Sommer 1966 befand, daß für das ihm in Warschau entgegengeschlagene eisige Klima Gomulka verantwortlich sei, der aber unter dem Einfluß Ulbrichts stehe. Hierin und in der Annahme, daß Gomulka u.a. aus ideologischen Gründen einen Konfrontationskurs verfolgte, irrte Schmidt jedoch.⁸ Gomulkas Beweggründe waren vielfältig, und auch wenn er öffentlich von den „Interessen des Sozialismus“ sprach, so waren nationale Interessen wohl von größerer Bedeutung für sein Auftreten als ideologische Motive.

Manche Zeugen der Ereignisse gewannen von Gomulkas Handeln und dessen Einfluß auf die Außenpolitik der Staaten des Warschauer Pakts einen anderen Eindruck. Hans Ruete, als Leiter der Unterabteilung A in der Politischen Abteilung des Bonner Auswärtigen Amtes mit der Zusammenarbeit mit Osteuropa befaßt, hob zwar in einem Dossier ebenfalls den Anteil der DDR und Polens am verhärteten politischen Kurs des Ostblocks hervor, hielt dabei aber die polnische Regierung für den eigentlichen Urheber. Warschau sei den Entspannungsbemühungen der Bundesregierung von Beginn an mit Widerstand begegnet, und Gomulka habe als Hauptgegner bei dem Versuch zu gelten, die Beziehungen zur DDR zu normalisieren. Ruete erinnerte daran, daß Polen sich anders als die übrigen Blockstaaten nicht an, wie er es nannte, „diskreten Gesprächen“ beteiligte, und er gab auch die sich verbreitende Meinung wieder, daß sich an der Haltung des Ostblocks zur Normalisierung der

⁶ Ein Teil dieser Protokolle wurde veröffentlicht: Centrum władzy. Protokoły posiedzeń kierownictwa PZPR. Wybór z lat 1949-1970 [Das Zentrum der Macht. Die Protokolle der Sitzungen der PVAP-Führung. Eine Auswahl aus den Jahren 1949-1970], Warszawa 2000. Zur Rolle der Auslandsabteilung siehe WŁODZIMIERZ BOROZIEJ: Wydział Zagraniczny KC PZPR (1949-1970) [Die Auslandsabteilung des Zentralkomitees der PVAP (1949-1970)], Warszawa 1999.

⁷ Von einer „Ulbricht-Doktrin“ sprechen u.a. PETER BENDER: Die „Neue Ostpolitik“ und ihre Folgen. Vom Mauerbau bis zur Vereinigung, 3. überarb. und erw. Aufl. München 1995, S. 143; TIMOTHY GARTON ASH: W imieniu Europy. Niemcy i podzieleny kontynent [Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent], Londyn 1996, S. 74 (dt. Erstaufl. München u.a. 1993); KLESSMANN (wie Anm. 4), S. 17.

⁸ Vgl. HANS GEORG LEHMANN: Öffnung nach Osten. Die Ostreisen Helmut Schmidts und die Entstehung der Ost- und Entspannungspolitik, Bonn 1984, S. 43.

Beziehungen mit der Bundesrepublik erst nach Gomulkas Abgang etwas ändern werde.⁹

In einem am 8. Februar 1967, dem Eröffnungstag der Außenminister-Konferenz der Blockstaaten in Warschau, im „Tagesspiegel“ erschienenen Artikel zur Rolle Gomulkas äußerte der Journalist, Historiker und Mitarbeiter der Freien Universität Berlin Bohdan Osadczuk unter seinem Pseudonym Alexander Korab die Ansicht, die Einberufung des Treffens sei Ausdruck der „mäßige[n] Wirkung der Gomulka-Doktrin“. Die polnische Diplomatie, so schrieb er, tue alles, um die von der Bundesregierung verkündete Öffnung nach Osteuropa zu blockieren.¹⁰ Warschau wolle verhindern, daß die polnischen „Wünsche“ zur Deutschlandpolitik ignoriert würden. Osadczuk benutzte den Begriff „Gomulka-Doktrin“ in einem breiteren, nicht allein auf die Warschauer Konferenz und ihre Ergebnisse beschränkten Zusammenhang, und dies ist auch der Zugang des vorliegenden Beitrags. Denn nach meiner Überzeugung resultierte das Vorgehen Gomulkas und der polnischen Diplomate in dem hier untersuchten Zeitraum aus einer Deutschlandpolitik, deren Ziele bereits nach Gomulkas Rückkehr an die Macht im Jahre 1956 festgelegt worden waren.

Die Grundlagen der polnischen Deutschlandpolitik nach 1956

Die deutsche Frage wurde in Warschau als jenes Problem der internationalen Politik betrachtet, in welchem Polens Stimme Beachtung finden mußte¹¹, und wie angedeutet, war Polen darum bemüht, die Stellung als Moskauer erster Juniorpartner in Fragen der Außenpolitik einzunehmen. Wie es scheint, erzielte die Warschauer Regierung dabei durchaus einige Erfolge, wie groß ihr Einfluß jedoch tatsächlich war, ist ohne Zugang zu den sowjetischen Akten schwer zu entscheiden. Mit Polen übte die DDR um die Gunst der UdSSR und um ein Mitspracherecht in Deutschlandfragen. Ihre Ansichten dazu waren häufig unterschiedlich, auch wenn sich beide Staaten ihren vor

⁹ Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (künftig: AAPD), hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte, München 1989 ff., hier 1967, Bd. 2: 1. April bis 31. August 1967 (1998), S. 789 f.; Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete, Betr. Stand und Fortentwicklung unseres Verhältnisses zu den östlichen Nachbarn, 26.05.1967.

¹⁰ Abgedruckt in: Dokumente zur Deutschlandpolitik (künftig: Dzd), Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen, Reihe 5: Vom 1. Dezember 1966 fortlaufend, Frankfurt/M. 1984 ff., hier Bd. 1 (1984), S. 486.

¹¹ Allgemein zur Bedeutung der deutschen Frage für die polnische Außenpolitik nach Gomulkas Rückkehr an die Macht siehe WANDA JARZĄBEK: „W sprawach niemieckich nasz glos musi mieć swą wagę ...“ Problem niemiecki w polskiej polityce zagranicznej w latach 1956-1958 [„In Deutschlandfragen muß unsere Stimme ihr Gewicht haben ...“ Die deutsche Frage in der polnischen Außenpolitik in den Jahren 1956-1958], in: Dzieje Najnowsze 33 (2001), 2, S. 103-129.

allem auf wirtschaftlichem Gebiet angespannten Beziehungen zum Trotz um eine politische Zusammenarbeit bemühten. Daß eine persönliche Abneigung zwischen Gomulka und Ulbricht bestand, war einer Verständigung und Zusammenarbeit allerdings nicht förderlich.¹²

Höchste Priorität maß die Warschauer Regierung in ihrer Außenpolitik der internationalen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze zu. Wie meine Archivrecherchen ergeben haben, kam es darüber mit der sowjetischen Führung häufiger zu Auseinandersetzungen, und gelegentlich widersetzte Polen sich den von Moskau unterbreiteten Lösungsvorschlägen.¹³ Zwar erklärte die Sowjetunion die Oder-Neiße-Grenze offiziell für endgültig, doch gab man der Warschauer Regierung in bilateralen Gesprächen zu verstehen, daß diese Moskau Dank schulde und daß die sowjetische Führung ihre Meinung jederzeit ändern könne. Als Beispiel für die Instrumentalisierung der Grenzfrage durch die UdSSR mögen die von der neuen polnischen Regierung im November 1956 und im Mai 1957 in Moskau geführten Gespräche dienen. Als die polnische Führung seinerzeit versuchte, einige Probleme in den polnisch-sowjetischen Beziehungen, darunter die wirtschaftliche Ausbeutung Polens nach 1945, zur Sprache zu bringen, schreckte Chrusčev nicht vor der Drohung zurück, daß Polen für allzu großes Selbstständigkeitsstreben, Übermut und ein etwas zu weites Verständnis von Partnerschaft mit einer Änderung der sowjetischen Haltung zur Grenzfrage bezahlten könnte.¹⁴

Polen unternahm daher nach 1956 große Anstrengungen, um von den westlichen Staaten, allen voran jenen, bei denen die Verantwortung für eine mögliche Wiedervereinigung Deutschlands lag, die Zusicherung zu erhalten, daß diese die Oder-Neiße-Grenze als endgültig betrachteten und Polens Standpunkt auf einer künftigen Friedenskonferenz unterstützen würden. Diese Bemühungen führten zu einem Teilerfolg: Der französische Präsident Charles de Gaulle gab im März 1959 eine Erklärung ab, der zufolge eine Wiedervereinigung Deutschlands in den bestehenden Grenzen der beiden deutschen

¹² Vgl. WERBLAN (wie Anm. 4), S. 80.

¹³ Ein interessantes Beispiel für solche Auseinandersetzungen mit der Sowjetunion stellt der polnische Versuch des Jahres 1958 dar, als Gegenleistung für die Nichtanerkennung der algerischen Exilregierung die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch Frankreich zu erhalten. Moskau zögerte sein Einverständnis zum Abschluß einer solchen Vereinbarung hinaus, vgl. WANDA JARZABEK: „Z Polską nie robie żadnych przelazów ...“ Gen. Charles de Gaulle, granica na Odrze i Nysie Łużyckiej i kryzys algerski [„Mit Polen mache ich keinerlei Versteigerungen ...“ General Charles de Gaulle, die Oder-Neiße-Grenze und die algerische Krise], in: Dzieje Najnowsze 31 (1999), 3, S. 159-168.

¹⁴ Notatka z rozmów przeprowadzonych w dniu 24 i 25 maja br. między delegacją partyjno-rządową PRL i delegacją partyjno-rządową ZSSR [Aufzeichnung von den am 24. und 25. d.J. (1957) zwischen der Partei- und Regierungsdelegation der Volksrepublik Polen und der Partei- und Regierungsdelegation der UdSSR geführten Gesprächen], in: Tajne dokumenty (wie Anm. 2), S. 31-72, hier S. 66. Siehe auch JARZABEK: „W sprawach niemieckich“ (wie Anm. 1), S. 127 f.

Staaten möglich sei, und Großbritannien erklärte im April 1962, daß es die polnische Westgrenze für *de facto* festgelegt erachte und die polnische Position auf einer Friedenskonferenz unterstützen werde. Über diese Garantien, die der polnische Botschaftsrat in London in Empfang nahm und die geheim blieben, wurde auch General Władysław Anders als Führer der polnischen Exilregierung informiert, die sich ebenfalls um eine Anerkennung der Westgrenze Polens bemühte.¹⁵ Wenngleich die Erklärung nicht öffentlich wurde, betrachtete das britische *Foreign Office* sie als den offiziellen Standpunkt der Londoner Regierung und behandelte sie in Gesprächen mit polnischen Diplomaten entsprechend.¹⁶ Die Vereinigten Staaten vermieden eine eindeutige öffentliche Festlegung, doch gab das *State Department* in Gesprächen mit offiziellen Vertretern Polens zu verstehen, daß die USA nicht an einer Änderung der Grenzen interessiert seien. Daß von den Westmächten schwerlich mehr zu bekommen wäre, wurde in Warschau akzeptiert.

Die polnische Regierung nahm 1956 auch inoffizielle Gespräche mit der Bundesrepublik auf, ohne dafür schon zu jener Zeit die öffentliche und eindeutige Anerkennung der Westgrenze Polens zur Bedingung zu machen.¹⁷ Ebensowenig drängte Warschau anfangs weder in den Gesprächen mit den westlichen Staaten noch mit der Bundesrepublik auf eine Anerkennung der DDR – obwohl Ostberlin dies forderte und hinsichtlich einer eventuellen Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik ausdrücklich auf Bonn's Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als Vorbedingung bestand. Die Führung der DDR äußerte zudem den Anspruch, von Polen „bezüglich der Beziehungen zur BRD über jeden Schritt millimetergenau“ informiert zu werden.¹⁸ Die polnische Regierung war jedoch nicht geneigt, diesen Bitten zu entsprechen, sondern konstatierte vielmehr: „[D]ie Haltung des Außenministeriums der DDR zeichnet sich durch einen Mangel an diplomatischer Erfahrung und insbesondere die Gleichsetzung von Diplomatie und Propaganda

¹⁵ Dazu JARZABEK: „W sprawach niemieckich“ (wie Anm. 1), S. 103 f.

¹⁶ Public Record Office (künftig: PRO), FO 371/189230, RG 1081/8, Visit of Lord Chalfont to Poland 14-17 July 1966. Oder-Neisse Line Defensive Brief, Archivum Ministerstwa Spraw Zagranicznych (Archiv des Außenministeriums, künftig: AMSZ), Departament III (Dep. III), zespół (z., Bestand) 8/75, wiązka (Aktenbündel, w.) 4, o.Pag. (Notiz Rapackis vom Gespräch mit Minister George Brown, 01.03.1967).

¹⁷ Vgl. JARZABEK: „W sprawach niemieckich“ (wie Anm. 1), S. 105 f.

¹⁸ Archivum Akt Nowyich (Archiv Neuer Akten, künftig: AAN), Komitet Centralny Polskiej Zjednoczonej Partii Robotniczej (Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, künftig: KC PZPR), XI M/45, Bl. 163-166, hier Bl. 164 (Notiz Mieczysław Łobodycza von den polnisch-ostdeutschen Beratungen in Warschau, 22.-27.11.1957. Zitat: Ausschnitt aus einer Wortmeldung des Vize-Außenministers der DDR Sepp Schwab).

aus.¹⁹ Damals, wie auch später, waren Warschau die eigenen Interessen wichtiger als die Ostberlins.²⁰

Erst während der zweiten Berlinkrise setzte sich Warschau stärker für eine internationale Anerkennung der DDR ein.²¹ Dies war m.E. nicht allein eine Folge des Drucks aus Moskau, das die Anerkennung der DDR unbedingt erzwingen wollte, sondern ergab sich auch aus Gomułkas Verständnis der Grenzfrage: Die Existenz zweier souveräner deutscher Staaten würde die Wiedervereinigung Deutschlands, welche er zu verhindern trachtete, erschweren.²² Im polnischen Außenministerium wurde damals intensiv am Entwurf eines Friedensvertrags mit beiden deutschen Staaten gearbeitet, in dem die Grenzfrage verständlicherweise großen Raum einnahm. Gleichzeitig hoffte Gomułka, die DDR durch Wirtschaftsbeziehungen enger in den Ostblock zu integrieren. Doch obwohl die polnische Regierung während der zweiten Berlin-Krise den Ton gegenüber Bonn verschärfte, die Anerkennung des dauerhaften Charakters der Oder-Neiße-Grenze zur *conditio sine qua non* für die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit der Bundesrepublik machte und die Notwendigkeit einer Anerkennung der „politischen Realitäten in Europa“ seitens der Bundesregierung – dazu zählte auch die Existenz eines zweiten deutschen Staates – betonte, forderte sie seinerzeit noch nicht ausdrücklich die Anerkennung der DDR.

Während der zweiten Hälfte der 50er Jahre trat Warschau mit dem Vorschlag zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa hervor, die nach dem im Jahr 1957 vorgelegten sog. Rapacki-Plan auch die Bundesrepublik und die DDR umfassen sollte.²³ Dabei handelte es sich offenbar um eine

¹⁹ Ehbenda, Bl. 165.

²⁰ Allgemein zu den polnisch-ostdeutschen Beziehungen ANDERSON (wie Anm. 1) sowie in einem erweiterten Kontext, BEATE IHME-TUCHEL: Das nördliche Dreieck. Die Beziehungen zwischen der DDR, der Tschechoslowakei und Polen in den Jahren 1954 bis 1962, Köln 1994.

²¹ Siehe JARZABEK: „W sprawach niemieckich“ (wie Anm. 11). Anders SELVAGE: Poland (wie Anm. 3), S. 220. „During the Berlin Crises of 1958-1962, Poland gave preference to Western recognition of the Oder-Neisse Line over Western recognition of the GDR.“

²² Gomułka selbst sprach darüber etwa mit De Gaulle, siehe Archives du Ministère des Affaires Étrangères, Cabinet du ministre, M. Couve de Murville, d. 388, Entretien entre le Général de Gaulle et Monsieur Gomułka, Varsovie – 11 Septembre 1967, S. 260-276, hier S. 261 f. Dazu WANDA JARZABEK: Rozmowa Charlesa de Gaulle'a z Władysławem Gomułką w czasie wizyty generała w Polsce we wrześniu 1967 r. [Ein Gespräch Charles de Gaulles mit Władysław Gomułka während des Besuchs des Generals in Polen im September 1967], in: Dzieje Najnowsze 32 (2000), 4, S. 147-156, hier S. 153.

²³ Dazu TERESA ŁOŚ-NOWAK: Polskie inicjatywy w sprawie broni nuklearnej w Europie Środkowej 1957-1964 [Polnische Initiativen betreffend Nuklearwaffen in Mitteleuropa 1957-1964], Wrocław 1989; JAMES R. OZINGA: The Rapacki Plan. The 1957 Proposal to Denuclearize Central Europe and an Analysis of its Rejection, Jefferson/NC u.a. 1989; PIOTR WANDYCCZ: Adam Rapacki and the Search for European Security, in: The

polnische Initiative, deren Details erst anschließend mit der UdSSR abgestimmt wurden, denn die sowjetische Führung brachte bei späterer Gelegenheit in Erinnerung, nicht zur rechten Zeit informiert worden zu sein²⁴. Ferner war die polnische Regierung bemüht, die seit Ende der 50er Jahre diskutierte Bewaffnung der Bundeswehr mit Atomraketen zu verhindern. In diplomatischen Gesprächen und bei öffentlichen Auftritten warnte Gomułka vor einer Remilitarisierung Deutschlands. Während der 15. UNO-Vollversammlung am 27. September 1960 bezeichnete er eine atomare Aufrüstung der Bundesrepublik, welche die polnische Westgrenze nicht als endgültig anerkannt habe, als eine Bedrohung für Polen und den Frieden. Er äußerte seinerzeit, in ungewohnt blumiger Sprache, „Kanzler Adenauer dürfte es vermutlich leichter fallen, das Rätsel zu lösen, welchen Geschlechts Engel sind, als auf die Frage zu antworten, wie er Polen ohne ein Messer zu benutzen schlichten wolle“.²⁵

Diese drei außenpolitischen Hauptziele – internationale Anerkennung der Westgrenze, nicht zuletzt durch die Bundesrepublik, Verhinderung einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr (auch im Rahmen multilateraler Verbände der NATO) und ein verstärktes Engagement für die als Hemmnis gegen eine schnelle Wiedervereinigung Deutschlands gedachte internationale Anerkennung der DDR – bildeten feste Bestandteile einer Instruktion des polnischen Außenministeriums für die Repräsentanten Polens in Drittländern und hatten als solche in Gesprächen mit den Vertretern anderer Staaten zur Sprache gebracht zu werden.²⁶ Für diese Ziele, die in Polen, aber nicht zwingend auch im Interesse seiner Verbündeten lagen, versuchten Gomułka und die polnische Diplomatie ab 1966 die Unterstützung der Sowjetunion und der übrigen Blockstaaten zu gewinnen und diese zur Annahme der von Polen geforderten Vorbedingungen für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Bundesrepublik zu bewegen.

Die Reaktion Polens auf die westdeutsche „Politik der Bewegung“

Dem intensiveren politischen Engagement Polens in der Deutschlandfrage während der zweiten Hälfte der 60er Jahre lag vor allem die Sorge zugrunde, es könne vor der erhofften Garantie für die polnische Westgrenze zu einer Entschärfung des sowjetisch-westdeutschen sowie des deutsch-deutschen

Diplomats 1939-1979, hrsg. von GORDON A. CRAIG und FRANCIS L. LOEWENHEIM, Princeton/NJ u.a. 1994, S. 289-317, hier S. 311 f.

²⁴ Dazu JARZABEK: „W sprawach niemieckich“ (wie Anm. 11), S. 124.

²⁵ Abgedruckt in: WŁADYSŁAW GOMUŁKA: O problemie niemieckim. Artykuły i przemówienia [Zum deutschen Problem. Aufsätze und Reden], Warszawa 1984, S. 201-208, hier S. 205.

²⁶ Siehe bspw. AMSZ, z. 17, w. 16, tom (Band, t.) 37, S. 289-311: Sugestie dotyczące naszej polityki wobec Francji [Vorschläge betreffend unsere Politik gegenüber Frankreich], 20.04.1966.

Konflikts kommen. Anlaß zu derartiger Besorgnis gaben aus Sicht Warschaus bestimmte Aussagen von Alexej Adzubej, dem Schwiegersohn Chruščëvs, der im Juli 1962 die Bundesrepublik besucht hatte, sowie Gespräche zwischen dem sowjetischen Botschafter in Bonn Andrej Smirnov und Bundeskanzler Ludwig Erhard im Jahr 1964, deren Ziel ein Treffen Erhards mit Chruščëv war. Aus Sicht Polens schien ein „Verrat“ durch die UdSSR, sprich eine Änderung der sowjetischen Haltung zu den territorialen Verhältnissen in Osteuropa im Rahmen einer Annäherung an die Bundesrepublik, nicht ausgeschlossen.²⁷ Zudem werteten einige zeitgenössische Analysten die Unterzeichnung des Freundschaftsvertrags zwischen der Sowjetunion und der DDR im Jahr 1964, in welchem von einer eventuellen Wiedervereinigung Deutschlands nicht als Ergebnis eines einmaligen Aktes, sondern als eines historischen Prozesses die Rede war, als Abkehr der UdSSR von der Idee, einen separaten Friedensvertrag mit der DDR zu schließen, und als Zeichen der Bereitschaft zu einer aktiveren Politik gegenüber der Bundesrepublik.

Als Wendepunkt der Bonner Osteuropapolitik wird gemeinhin die der polnischen Botschaft in London am 24. März 1966 zugestellte Friedensnote an die Blockstaaten betrachtet.²⁸ Darin schlug die Bundesregierung den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen sowie den Abschluß einer Vereinbarung über die wechselseitige Beobachtung militärischer Manöver vor und bekundete ihre Bereitschaft zur Teilnahme an einer Abrüstungskonferenz. Zugleich hielt sie aber an dem Standpunkt fest, daß die Entscheidungen der Potsdamer Konferenz nicht endgültig seien und daß Deutschland folglich in diesen Grenzen von 1937 forbestehe. Der polnischen Regierung warf sie vor, dieser sei an einer Verständigung zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk nicht gelegen.²⁹ Umgekehrt machte der Direktor der für Westeuropa (ohne Großbritannien und Skandinavien) zuständigen Abteilung IV des polnischen Außenministeriums Mieczysław Lobodycz in einem Gespräch mit dem Chef der bundesdeutschen Handelsmission Egon Emmel, welcher ihm am 26. März den Text der Note überbracht hatte, erneut den polnischen Standpunkt deutlich, wonach die Aufnahme von Gesprächen erst erfolgen könne, wenn die Bundesregierung die Endgültigkeit der Oder-Neiße-Grenze sowie die Tatsache anerkannt habe, nicht der alleinige Vertreter des deutschen Volkes zu sein.³⁰

Von den Blockstaaten wurde auf zwischenstaatlicher und innerparteilicher Ebene diskutiert, wie auf die westdeutsche Note zu antworten sei, wobei der Anfang April 1966 in Moskau stattfindende 23. Parteitag der KPdSU eine günstige Gelegenheit für gegenseitige Konsultationen bot. So kam es am Rande des Parteitags u. a. zu Gesprächen zwischen Gomułka und Ulbricht, in

²⁷ Vgl. Węc (wie Anm. 3), S. 129.

²⁸ Zur Entstehungsgeschichte BINGEN (wie Anm. 3), S. 92 f.

²⁹ Der Text der Note samt alternativen Fassungen in: AAPD 1966, Bd. 1, S. 262 f.

³⁰ Ebenda, S. 374; Botschafter Emmel an das Auswärtige Amt, Depesche aus Warschau vom 26.03.1966.

denen der polnische Parteichef zusicherte, Warschau werde hinsichtlich der Reaktion auf die Friedensnote keine Vorschläge unterbreiten, welche für die DDR unannehmbar seien. Seiner Meinung nach sollte die Antwortnote eines jeden Staates des Ostblocks drei grundsätzliche Fragen berühren: das Festhalten der Bundesrepublik an den Grenzen von 1937 als Rechtsstand, ihre Nichtanerkennung der DDR sowie ihr Streben nach Atomwaffen. Zudem ließ Gomułka die Möglichkeit anklingen, den Vorschlag zu einem Abzug der amerikanischen und sowjetischen Truppen vom Territorium der beiden deutschen Staaten zu unterbreiten, fand dafür aber nicht Ulbrichts Zustimmung, da dieser befürchtete, ein Truppenrückzug würde der Bundesrepublik die eigene Aufrüstung erleichtern.³¹

Daneben fanden auch Gespräche mit den Vertretern der anderen Länder statt, wobei die UdSSR, die in den Beziehungen zur Bundesrepublik offenbar an einem Neubeginn interessiert war, vermeiden wollte, daß die Antwort der Blockstaaten gleichlautend ausfiel. Vielmehr sollte jedes interessierte Land eine eigenständige Note übermitteln – freilich nicht, ohne diese vorher mit Moskau abzustimmen.

Die Warschauer Regierung antwortete am 28. April 1966 auf die Bonner Note, welche ihrer Meinung nach keinen Politikwechsel der deutschen Regierung erkennen lasse.³² Statt dessen versuche die Bundesregierung, Polen die Verantwortung für den schlechten Zustand der gemeinsamen Beziehungen zuzuschreiben, und beschuldige Warschau, mit seiner Politik die Wiedervereinigung Deutschlands zu hintertreiben; hingegen sei diese nach Auffassung der polnischen Regierung nur durch eine Annäherung der beiden deutschen Staaten zu ermöglichen. Als Voraussetzungen für „Sicherheit und Frieden“, zu verstehen als Bedingungen für eine Normalisierung der gemeinsamen Beziehungen, wurden genannt „der Verzicht auf Gebietsansprüche gegenüber Polen, die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, die Erklärung des Münchener Abkommens für null und nichtig – nicht deshalb, weil Hitler es durch seinen Treubruch und seine Verbrechen hinfällig gemacht hat, sondern weil es eine Sanktionierung der Gewalt gegen die Tschechoslowakei und eine Etappe der Eroberungspolitik darstelle –, die Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik als eines gleichberechtigten deutschen Staates und Partners für eine Wiedervereinigung Deutschlands [...] insbesondere die nach Nuklearwaffen ausgestreckte Hand zurückzuziehen sowie eine konstru-

³¹ AAN, KC PZPR, 237/XXII – 1410, S. 37-51; Spokanie z delegacją Niemieckiej Socjalistycznej Partii Jedności [Treffen mit der Delegation der SED].

³² Odpowiedź rządu Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej na notę rządu RFN z dnia 24 III 1966 w sprawie pokojowej polityki Niemieckiej Republiki Federalnej [Antwort der Regierung der Volksrepublik Polen auf die Note der Bundesregierung vom 24.03.1966 zur Friedenspolitik der Bundesrepublik Deutschland], in: Zbiór Dokumentów 22 (1966), 4. S. 363 f. Eine Zusammenfassung der polnischen Antwortnote in: AAPD 1966, Bd. 1, S. 541; Botschafter Buch, Kopenhagen, an das Auswärtige Amt, 29.03.1966.

tive Haltung selbst gegenüber Teil- und schrittweisen Lösungen zur Entspannung in Europa“.³³

Der sowjetische Entwurf für die Antwort auf die deutsche Note, welcher der polnischen Regierung zur Kenntnisnahme zugeleitet wurde, stieß in Warschau auf Mißfallen. Mieczysław Łobodycz, der erwähnte Abteilungsleiter im polnischen Außenministerium, dem die Deutschland betreffenden Angelegenheiten oblagen, bemerkte in seiner Analyse des Moskauer Entwurfs, dieser enthalte eine „Bereitschaftserklärung zur Zusammenarbeit mit der Bundesregierung in Fragen wie einer Vereinbarung zur Nichtverbreitung von Kernwaffen, der Auflösung fremder Militärstützpunkte und des Rückzugs ausländischer Truppen, einer Auflösung der Militärblöcke, u.a. der NATO und des Warschauer Pakts, und der Schaffung eines gemeinsamen Sicherheitssystems in Europa, des Vorschlags der DDR für einen Atomwaffenverzicht beider deutscher Staaten und für eine Reduzierung ihrer Rüstungsbemühungen und ihrer Streitkräfte, der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa und anderer Vorschläge zur europäischen Sicherheit, dem Austausch auf politischem, wirtschaftlichem, wissenschaftlich-technischem und kulturellem Gebiet, der Einberufung einer Sicherheitskonferenz der europäischen Staaten, der Aufnahme der BRD und der DDR in die UNO, des Abschlusses eines Friedensvertrags – gemeinsam mit einer Regelung der Westberlin-Frage. Aus dem obengenannten folgt, daß sich die Fassung der Note der UdSSR von unserer Antwort und der der ČSSR“ vor allem dadurch unterscheidet, daß sie die Bereitschaft zur Aufnahme eines Dialogs mit der BRD zu den beschriebenen Problemen enthält.“³⁵ Zudem knüpfte der sowjetische Entwurf weder an die bedingungslose Kapitulation Deutschlands an, noch würden die genannten Pläne zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone und zur Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz darin als ursprünglich polnische Initiativen erkennbar. Auch die Behandlung der Grenzfrage konnte der Warschauer Regierung nicht gefallen: Im sowjetischen Entwurf hieß es, die „die Staatsgrenze zwischen der Volksrepublik Polen und der DDR bildende Linie der Flüsse Oder und Neiße, in den Potsdamer Verträgen festgelegt und Hunderte Kilometer von der Ostgrenze der BRD entfernt, hat mit der BRD nichts zu tun“. Ähnlich wurde die

³³ Odpowiedź rządowi (wie Anm. 32), S. 379.

³⁴ Die tschechoslowakische Regierung hatte der Bundesregierung ebenfalls eine Antwortnote zugestellt, in welcher sie u.a. verlangte, die Bundesregierung möge das Münchener Abkommen als von Beginn an ungültig erklären. In Bonn gab es jedoch auch Stimmen, welche die Antwort der ČSSR lediglich als Aufforderung an die Bundesregierung interpretierten, sich vom Münchener Abkommen moralisch, politisch und rechtlich zu distanzieren, ohne es zur Bedingung zu machen, das Abkommen für von Beginn an ungültig zu erklären. Vgl. dazu KUNSTAT (wie Anm. 4), S. 46.

³⁵ A.A.N. KC PZPR, 237/V, 668, S. 20 f.; Uwagi do projektu odpowiedzi ZSRR na notę rządowi NRF z 24 marca, 14.05.1966 [Anmerkungen zum Entwurf der Antwort der UdSSR auf die Note der BRD vom 24. März] (Hervorhebung im Orig.). Die sowjetische Note (in russ. Sprache) ebenda, S. 22 f.

Grenze der Tschechoslowakei behandelt. Łobodycz schrieb dazu: „Die obige Fassung ist für uns unbequem. Laut dem Görliitzer Vertrag – welchen die Note nicht erwähnt – ist die Grenze an Oder und Neiße die polnisch-deutsche Grenze. Darüber hinaus erleichtert die Art und Weise, wie die Angelegenheit in der Note der UdSSR dargestellt wird, die Argumentation der BRD, daß Polen keine Grundlage habe, von der BRD die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze zu verlangen.“³⁶

Warschau entschloß sich, zu intervenieren. Zunächst versuchte Außenminister Rapacki, Kontakt mit dem sowjetischen Botschafter in Warschau aufzunehmen, mußte aber, da dieser abwesend war, einem subalternen Beamten die Bedenken des polnischen Außenministeriums übermitteln. In einer handschriftlichen Notiz informierte Rapacki Gomulka am 14. Mai 1966 über den Einspruch und meinte, es drängten sich viele Vorbehalte gegen den von Moskau übersandten Entwurf auf, von denen jene, welche die Oder-Neiße-Grenze betrafen, aber am schwerwiegendsten seien. „Grundsätzlich beharrte ich auf der Dringlichkeit, unsere Formeln zur polnisch-deutschen Grenze (entsprechend unserer Note) weiterzuleiten, und legte sogar nahe, die Übermittlung der Note in Bonn resp. in Moskau zu stoppen, sollte dies nicht schon geschehen sein.“³⁷ Die übrigen, in der beigefügten Stellungnahme Łobodyczs genannten Einwände hielt er „für schwierig vorzubringen“. So wären etwa in der Frage der von der UdSSR erklärten Dialogbereitschaft polnische Proteste aufgrund der spezifischen Beziehungen der beiden Staaten unangebracht, zumal die in der sowjetischen Note genannten Bedingungen für die Bundesrepublik ohnehin unerfüllbar seien und es deshalb zu Gesprächen gar nicht kommen werde.

Schließlich entsprach die Antwortnote der UdSSR, die Staatssekretär Karl Carstens am 17. Mai überreicht wurde, in ihrer Darstellung der Grenzfrage der Warschauer Haltung. Die sowjetische Regierung berief sich auf die Potsdamer Beschlüsse und den Görliitzer Vortrag, verurteilte die Bonner Außenpolitik in scharfen Worten und forderte die Aufnahme von Gesprächen mit der DDR.³⁸ Offensichtlich hatte sich Moskau dazu entschieden, Rücksicht auf die polnischen Einwände zu nehmen. Vermutlich sah man davon keinen Schaden für die Interessen der UdSSR auszugehen und hielt die Angelegenheit nicht für wert, darüber die Beziehungen zu einem der Satellitenstaaten zu trüben, zumal den Formulierungen ja kein vertraglicher und damit bindender Charakter zukam.

Der Ton der sowjetischen Antwort klang für die Bundesregierung wenig ermutigend. Der Botschafter der Bundesrepublik in Moskau, Gebhardt von Walther, urteilte gar, die UdSSR sei, obgleich sie nicht sämtliche Möglich-

³⁶ Ebenda, S. 21.

³⁷ Ebenda, S. 19 (Notiz Rapackis an Gomulka).

³⁸ DzdD, Reihe 4: Vom 10. November 1958 bis 30. November 1966, Frankfurt/M. 1971-1981, Bd. 12: 1966 (1981), S. 726; Antwortnote der Regierung der UdSSR auf die Note der Regierung Bundesrepublik Deutschland zur deutschen Friedenspolitik.

keiten zur Aufnahme eines Dialogs ausgeschlossen habe, an substantiellen Gesprächen nicht interessiert.³⁹ Insgesamt aber mußte Warschau fürchten, daß die Aktivitäten der Bonner Diplomaten in den Ländern des Ostblocks Früchte tragen und daß jene Staaten, deren Verhältnis zu den Deutschen weniger schwer belastet war als das polnisch-deutsche, auch früher ihre Beziehungen zur Bundesrepublik normalisieren könnten. Polen wäre dann mit seinen weitreichenden Forderungen isoliert. Mißtrauen mußte auch das Ausbleiben einer Reaktion aus Moskau auf die Handelskontakte der DDR zur Bundesrepublik erwecken, aus denen gewiß auch die UdSSR Nutzen zog. Dies geschah zu einem Zeitpunkt, da Warschau sich schon seit Jahren erfolglos darum bemühte, die DDR zu einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu bewegen, in dem Glauben, sie auf diese Weise enger an den Ostblock binden zu können. Wie aus dem Vermerk des Außenministeriums hervorgeht, war man sich in Warschau darüber im klaren, daß wirtschaftliche Argumente die Blockstaaten dazu trieben, Möglichkeiten zur Entwicklung von Handelsbeziehungen mit den westlichen Staaten zu suchen. Dies galt auch und in besonderem Maße im Hinblick auf die Bundesrepublik, waren die Regierung der polnischen Bündnispartner in diesem Fall doch wenig geneigt, politischen Erwägungen den Vorrang einzuräumen.

Die Frage, unter welchen Bedingungen Gespräche mit der Bundesrepublik stattfinden könnten, wurde am 5. Juli 1966 während der Besprechungen des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer-Pakt-Staaten in Bukarest erörtert. Warschau betrachtete es dabei zumindest als Teilerfolg, daß es in der Abschlusßdeklaration folgende Erklärung einbringen konnte: „Die Unantastbarkeit der Grenzen ist die Grundlage eines dauerhaften Friedens in Europa. Das Anliegen einer Normalisierung der Situation in Europa erfordert, daß alle Staaten, sowohl die in Europa als auch die außerhalb des europäischen Kontinents gelegenen, zum Ausgangspunkt ihres außenpolitischen Handelns die Anerkennung der tatsächlich existierenden Grenzen zwischen den europäischen Staaten nehmen, welche nach dem zerstörerischsten Krieg der Menschheitsgeschichte festgelegt wurden und zu denen auch die polnische Grenze an Oder und Neißة sowie die Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten gehören.“⁴⁰ Diese Erklärung bildete das erste Dokument, in welchem die Ostblockstaaten gemeinsam ihre politischen Grundsätze in der durch die bundesdeutsche Note geschaffenen neuen Lage darlegten.⁴¹ Semen Carapkin, der sowjetische Botschafter in Bonn, äußerte in einem Gespräch mit Staats-

³⁹ AAPD 1966, Bd. 1, S. 709-711, hier S. 709; Botschafter von Walther, Moskau, an das Auswärtige Amt, 25.05.1966.

⁴⁰ Zitiert nach JACEK SŁUSARZYK: Układ Warszawski. Działalność polityczna 1955-1991 [Der Warschauer Pakt. Politische Tätigkeit 1955-1991], Warszawa 1992, S. 48 f.

⁴¹ Dabei muß gesagt werden, daß die Erklärung sich auf alle europäischen Grenzen bezog, also z.B. auch auf die Rumäniens, das mit der Sowjetunion in einen Grenzkonflikt um Bessarabien verwickelt war und deshalb anfänglich Widerstand gegen die Annahme einer solchen Verpflichtung leistete.

sekretär Carstens, die Bundesrepublik müsse nun entscheiden, ob sie sich den „friedensliebenden Ländern“ anschließen oder aber an ihrem wirklichkeitsfremden Kurs festhalten wolle.⁴²

Angesichts der Beobachtungen, die polnische Diplomaten in Budapest, Bukarest, Prag und Sofia machten, erschienen die Beschlüsse des Politischen Beratenden Ausschusses jedoch als ungenügend. Die polnischen Botschaften teilten mit, die dortigen Regierungen würden Gespräche mit der Bundesrepublik über eine Normalisierung der Beziehungen sowie über eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit führen, ohne dies von Grundsatzbedingungen abhängig zu machen. Warschau hingegen war bestrebt, die Festigkeit seines Standpunkts zu demonstrieren. Als Helmut Schmidt in seiner damaligen Eigenschaft als stellvertretender Bundestagsfraktionsvorsitzender der SPD im Juli 1966 eine Reise durch die Länder Osteuropas unternahm, wurde er in Warschau – anders als in Moskau und Prag – auf niedriger Ebene empfangen und bekam nichts zu hören, das über die Beschlüsse von Bukarest hinausgegangen wäre.⁴³

Besorgt war die polnische Regierung insbesondere über die Politik der Tschechoslowakei. Zwar unterstrich der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei Antonín Novotný im Laufe von Gesprächen zwischen Partei- und Regierungsvertretern beider Länder in Wisła im Januar 1966 die Notwendigkeit gemeinsamer Abmachungen zur deutschen Frage, doch als das Thema schließlich aufgegriffen wurde, zeigte sich, daß die Unterschiede beträchtlich waren.⁴⁴ Beunruhigend verlief aus polnischer Sicht aber bereits der Meinungsaustausch mit Prag im Zuge der Beratungen mit den anderen Blockstaaten über die deutsche Note im März des Jahres. Auch die Mitteilungen der polnischen Pressekorrespondenten Zdzisław Szymański und Karol Szyndzielorz, die am 26. Mai 1966 in Prag ein Gespräch mit dem Leiter der Deutschen Abteilung Rudolf Rezek geführt hatten, gaben Anlaß zur Sorge. Rezek hatte geäußert, die tschechoslowakische Regierung wolle die Bundesrepublik zu einer aktiven Koexistenz zwingen und erwäge daher, diplomatische Beziehungen aufzunehmen.⁴⁵ Auf die Frage, unter welchen Voraussetzungen derartige Beziehungen geknüpft werden könnten, antwortete er: „[D]ie Tschechoslowakei stellt keine Bedingungen sine qua non. Eine Erklärung der BRD, daß die Münchener Verträge niemals Gültigkeit besessen haben, wäre vollkommen ausreichend.“⁴⁶ Rezek ließ zudem wissen, daß Prag in dieser Sache bereits erste Verhandlungen mit

⁴² AAPD 1966, Bd. 2, S. 1006-1016, hier S. 1008; Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin, 29.07.1966.

⁴³ Zum Besuch Schmidts siehe LEHMANN (wie Anm. 8), S. 36 f., und TOMALA (wie Anm. 3), S. 218.

⁴⁴ AAN, KC PZPR, XI A/34, Bl. 68 (Protokoll der Gespräche der Partei- und Regierungsdelegationen Polens und der ČSSR, Wisła, 24.-25.01.1966).

⁴⁵ Eine Notiz über das Gespräch in: AMSZ, Dep. I., z. 34/70, w. 1, o. Pag.

⁴⁶ Eberda.

Bonn führe. Auf den Hinweis der beiden polnischen Korrespondenten, daß die Regierung Polens die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze sowie den Verzicht auf Atomwaffen durch die Bundesrepublik zur Vorbedingung für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen gemacht habe, erwiderte er, daß es in der Tat einen Unterschied in den Positionen Polens und der Tschechoslowakei gebe, und fügte an, daß zudem mit der Bundesrepublik bereits Wirtschaftsgespräche geführt würden. Als Szymanski einwendete, daß diese Politik der Bundesrepublik alles gebe, ohne eine Gegenleistung zu erhalten, und an München denken lasse, bekam er zur Antwort, zwischen Prag und Warschau bestünde Uneinigkeit darüber, wie eine „Taktik der ersten Schritte“ auszusehen habe.⁴⁷

Noch um die Mitte des folgenden Jahres urteilte Włodzimierz Janiurek, der polnische Botschafter in Prag, die tschechoslowakische Haltung sei schwerlich als einheitlich zu bezeichnen. Auch in den Regierungsbehörden schien es Stimmen zu geben, daß „man sich vom toten Punkt fortbewegen und die Hallstein-Doktrin durchbrechen sollte“.⁴⁸

Wenngleich es, vermutlich unter dem Einfluß der Beschlüsse von Bukarest, im Sommer 1966 zu einer leichten Verhärtung der Prager Position kam, empfahl Ministerialdirektor Hans Ruete neben Gesprächen mit Bukarest, Sofia und eventuell Budapest die Fortführung vertraulicher Gespräche mit Prag.⁴⁹

Auch das Vorgehen Rumäniens versetzte Warschau in Unruhe. Im Spätsommer 1966 machte die polnische Botschaft in Bukarest auf das wachsende Interesse der rumänischen Regierung an außenpolitischen Fragen aufmerksam. Bukarest sei der Ansicht, daß die kleinen Staaten auf der außenpolitischen Bühne unbedingt eine größere Rolle spielen müßten. Die Botschaft hob hervor, daß ein Wandel in den Aussagen der rumänischen Führung zur Deutschlandpolitik stattgefunden habe, immer häufiger sei nun von der Notwendigkeit die Rede, „normale politische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen mit beiden deutschen Staaten“ zu entwickeln.⁵⁰ Zur selben Zeit bemühte sich Ruete in Bonn, seine Vorgesetzten davon zu überzeugen, diplomatische Beziehungen zu Rumänien aufzunehmen; wie Gespräche in Bukarest

⁴⁷ Ebenda.

⁴⁸ AMSZ, Dep. I, z. 36/70, w. 2, o. Pag.: Politischer Bericht der Botschaft der Volksrepublik Polen in Prag für das Jahr 1967.

⁴⁹ Vgl. AAPD 1966, Bd. 2, S. 1223-1225, hier S. 1223 f.; Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete, Weiterentwicklung der Friedensnote, 19.09.1966, und ebenda, S. 1289-1291, hier S. 1289 f.; Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete, Betr. Fortführung der Gespräche mit der Tschechoslowakei, 03.10.1966.

⁵⁰ AMSZ, Dep. I, z. 34/70, w. 4/5, o. Pag.: Uwagi na temat kierunków polityki zagranicznej Socjalistycznej Republiki Rumunii w świetle niektórych wydarzeń w tej dziedzinie w okresie od narady DPK państw członkowskich UW [Anmerkungen zur Richtung der Außenpolitik der Sozialistischen Republik Rumänien im Lichte einiger Ereignisse in diesem Bereich im Zeitraum seit den Besprechungen des Politischen Beratenden Ausschusses der Mitgliedsstaaten des Warschauer Pakts], 15.09.1966.

rest ergeben hätten, stelle die rumänische Regierung dafür keinerlei Vorbedingungen. Allerdings könne die Zeit gegen die Bundesrepublik arbeiten, wie das Beispiel Polens, das 1958 ohne Vorbedingungen zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen bereit gewesen sei, heute aber daran zahlreiche Forderungen knüpfte, gezeigt habe.⁵¹ In einer Depesche berichtete die polnische Botschaft in Belgrad am 23. August 1966 von einem Besuch des rumänischen Außenministers Corneliu Manescu. Darin teilte sie mit, Informationen des rumänischen Botschafters in Belgrad zufolge habe Manescu die jugoslawische Regierung davon in Kenntnis gesetzt, daß Rumänien die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Bundesrepublik bereit sei, sofern diese die Initiative dazu ergreife.⁵² Schließlich kam es im Januar 1967 zur offiziellen Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Rumänien und der Bundesrepublik.

Angesichts der Nachrichten über die von den Blockstaaten mit Bonn geführten Gespräche und Polens fehlender Einflußmöglichkeiten drängte Gomułka die sowjetische Führung, eine Besprechung der Außenminister der sozialistischen Länder anzuberaumen, auf der das gemeinsame Vorgehen gegenüber der Ostpolitik festgelegt und bereits laufende Verhandlungen gestoppt werden sollten. Am 28. Dezember 1966 sprach er in Warschau mit den Sekretären des Zentralkomitees der KPdSU Jurij Andropow und Boris Ponomarew über die Notwendigkeit, gemeinsam die Grundsätze der Deutschlandpolitik zu erörtern.⁵³ Die beiden Parteifunktionäre waren vermutlich mit der Absicht in die polnische Hauptstadt gekommen, sich über Gomułkas Standpunkt Sicherheit zu verschaffen und vielleicht festzustellen, ob dessen Haltung von anderen Mitgliedern der Führung unterstützt wurde. Als Gomułka im Verlauf des Gesprächs davor warnte, daß die Parteien der Blockstaaten in der Deutschlandfrage ein Bild der Uneinigkeit abgeben könnten, antwortete Andropow, er und Außenminister Andrej Gromyko seien bereits mit dem Vorschlag an das Politbüro des Zentralkomitees der KPdSU herantreteten, eine Konferenz der Außenminister einzuberufen.⁵⁴ Wenngleich dies der polnischen Regierung entgegenkam, wollte sie aber dennoch nicht alles auf eine Karte setzen, indem sie überhaupt keine Gespräche mit der Bundesrepublik

⁵¹ AAPD 1966, Bd. 2, S. 1208 f.; Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete, Betr. Beziehungen zu Rumänien, 15.09.1966.

⁵² AMSZ, Dep. I, z. 34/70, w. 4/5, o. Pag.: chiffriertes Telegramm aus Belgrad vom 23.09.1966.

⁵³ Protokół ze spotkania I sekretarza KC PZPR Władysława Gomułki z sekretarzem KC KPZR – Jurijem Andropowem i Borisem Ponomariowem, 28.12.1966 [Protokoll des Treffens des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der PVAP mit den Sekretären des Zentralkomitees der KPdSU Jurij Andropow und Boris Ponomarew, 18.12.1966], in: Tajne dokumenty (wie Anm. 2), S. 432-434.

⁵⁴ Ebenda, S. 433.

führte. Sie schlug Bonn daher vor, Kontakte auf der Ministerialebene einzurichten, um mögliche zukünftige Gespräche zu erleichtern.⁵⁵

Am 18. Januar 1967 kamen die Ersten Sekretäre und die Außenminister der UdSSR und Polens in Łańsk zusammen, um über die Deutschlandpolitik der sozialistischen Länder zu beraten. Brežnev machte die polnische Delegation mit dem Entwurf eines Briefs an die Blockstaaten vertraut, welcher die *de facto* grünes Licht für die Aufnahme von Gesprächen mit der Bundesrepublik gab. Gomulka kritisierte, daß dieses Einverständnis erklärt werden solle, ohne vorher die Grundzüge einer gemeinsamen Politik festzulegen, und forderte unter Berufung auf den Warschauer Vertrag, Beratungen abzuhalten. Er drängte zudem darauf, die polnischen Bedingungen zu berücksichtigen: die Anerkennung der bestehenden Grenzen, die Anerkennung der Souveränität der DDR und einen Kernwaffenverzicht der Bonner Regierung.⁵⁶ Brežnev versprach, hierüber werde bald entschieden, und fügte an: „Ich bin von all dem selbst beunruhigt. Als ob plötzlich alle toll geworden wären. Die Rumänen knüpfen diplomatische Beziehungen mit der BRD, aber die anderen wird man wohl zurückhalten können.“ Hierauf erwiderte der polnische Außenminister Rapacki: „Man muß sie zurückhalten.“⁵⁷ Gomulka berichtete anschließend, der ungarische Außenminister habe ihm gesagt, Ungarn wolle zunächst diplomatische Beziehungen mit der Bundesrepublik aufnehmen und erst danach einen bilateralen Vertrag mit der DDR abschließen; auch dieses müsse verteidigt werden.⁵⁸ Brežnev sagte zu, wie es scheint unter maßgeblichem Druck aus Warschau, eine Sitzung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts einzuberufen. Druck kam auch aus Ostberlin. Angesichts der am 31. Januar 1967 aufgenommenen diplomatischen Beziehungen zwischen Rumänien und der Bundesrepublik beschuldigte die Führung der DDR Rumänien, gegen die Beschlüsse der Bukarester Konferenz verstoßen zu haben. Bukarest antwortete mit dem Vorwurf, die DDR mische sich in die inneren Angelegenheiten der übrigen sozialistischen Länder ein, und sagte seine Teilnahme an den geplanten Beratungen ab. Höchstwahrscheinlich zwang dies Moskau dazu, Termin und Ort der Zusammenkunft, die eigentlich Anfang Februar in Ostberlin hätte stattfinden sollen, zu ändern.⁵⁹

⁵⁵ AAPD 1967, Bd. 1, S. 8 f., hier S. 8; Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete, Betr. Polnisches Angebot zu politischen Sondierungsgesprächen in Bonn, 05.01.1967.

⁵⁶ Protokół ze spotkania przywódców PZPR i KPZR, 18 stycznia 1967 r. Łańsk [Protokoll des Treffens der Führer der PVAP und der KPdSU, 18. Januar 1967, Łańsk], in: Tajne dokumenty (wie Anm. 2), S. 442-470, hier S. 446 f.

⁵⁷ Ebenda, S. 456.

⁵⁸ Ebenda.

⁵⁹ Vgl. JENS HACKER: Der Ostblock. Entstehung, Entwicklung und Struktur 1959-1980, Baden-Baden 1983, S. 732.

Die Konferenz der Außenminister des Warschauer Pakts fand schließlich vom 8.-10. Februar 1967 in Warschau statt.⁶⁰ Am zweiten Tag der Beratungen legte Gomulka den teilnehmenden Delegationen den polnischen Standpunkt dar: „Polen und die anderen sozialistischen Länder stellen die Forderung, die DDR anzuerkennen[.] Polen hat von seiner Seite zuletzt besonders stark auf die Unerlässlichkeit der Erfüllung dreier Hauptbedingungen durch die BRD hingewiesen: Anerkennung der Grenzen, Anerkennung der DDR und Verzicht auf Atomwaffen.“ Erklärend fügte Gomulka hinzu: „Unter dem Begriff Anerkennung der DDR verstehen wir, daß [...] die Bonner Regierung einlenken muß, daß sie auf ihren Anspruch, ganz Deutschland zu vertreten, verzichtet und daß sie dies offiziell und öffentlich tun muß.“⁶¹ Gomulka, das geht aus diesem Zitat hervor, dachte dabei nicht an eine vollständige völkerrechtliche Anerkennung der DDR. Dagegen bemühte er sich im Laufe der Beratungen, die eigene Forderung nach einem Verzicht der Bundesrepublik auf Atomwaffen einzubringen (der zwar im Einklang mit den polnischen Überlegungen zu Abrüstung und Friedenspssicherung stand, welche aber wiederum nicht unbedingt die Grundsätze der Politik Moskaus und Ostberlins widerspiegeln), und beharrte darauf, es sei unerlässlich, daß die Bundesrepublik das Münchener Abkommen als von Beginn an ungültig erkläre. Diese Bedingung versuchte Warschau durchzudrücken, um nicht den Eindruck aufkommen zu lassen, nur Polens Verhältnis zur Bundesrepublik berge schwierige Probleme. Zu den schließlich ausformulierten fünf Bedingungen, die Bonn zu erfüllen habe, gehörte darüber hinaus die Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa, einschließlich der Oder-Neiße-Grenze und der deutsch-deutschen Grenze.⁶²

Es scheint, daß Warschau und Gomulka selbst einen größeren Einfluß auf die Festlegung der Deutschlandpolitik der Blockstaaten ausübten als bislang

⁶⁰ Zu den Vorbereitungen Warschaws und Ostberlins auf die Beratungen siehe SELVAGE: Poland (wie Anm. 3), S. 208 f.

⁶¹ AAN, KC PZPR, XI A/104, Bl. 12-20, hier Bl. 14 f.; Protokół ze spotkania i sekretarza KC PZPR Władysława Gomułki z uczestnikami narady Ministrów Spraw Zagranicznych państw członków Układu Warszawskiego, Warszawa 9 lutego 1967 [Protokoll des Treffens des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der PVAP Władysław Gomułka mit den Teilnehmern an den Beratungen der Außenminister der Mitgliedsstaaten des Warschauer Pakts, Warschau, 9. Februar 1967]. Douglas Selvage vermutet, daß Gomulka hoffte, sich die Dankbarkeit der DDR zu verdienen, indem er deren Anerkennung zur Vorbedingung machte. DERS.: Polska – NRD. „Doktryna Ulbrichta“ w świetle dokumentów [Polen – DDR. Die „Ulbricht-Doktrin“ im Lichte der Dokumente], in: Rocznik Polsko-Niemiecki 3 (1994), S. 77-105, hier S. 84. Diese Erklärung greift jedoch zu kurz. Gomulka unterstützte die DDR, weil dies seiner Sicht der Deutschlandfrage entsprach. Wie oben bereits angeführt, betrachtete man in Warschau seit Ende der 50er Jahre die Existenz zweier deutscher Staaten als für die polnischen Interessen förderlich. Hingegen ließe sich die These vertreten, daß Gomulka auf eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit hoffte, welche die DDR stets zu umgehen versuchte.

⁶² Vgl. das Protokoll der Verständigung in: AAN, KC PZPR, XI A/104, Bl. 340 f., hier Bl. 340.

angenommen. Der Einschätzung Douglas Selvages, Gomulka sei im Frühling 1967 „at the height of his influence within the Soviet bloc“⁶³ angelangt, ist wohl zumindest im Hinblick auf die Deutschlandfrage zuzustimmen. Seiner Meinung nach sei die Warschauer Schlußdeklaration keine „Ulbricht-Doktrin“ gewesen, sondern habe einen Kompromiß zwischen den Vorstellungen Gomulkas und Ulbrichts dargestellt⁶⁴, den Selvage mit dem ihm zufolge auch von den Diplomaten der Blockstaaten benutzten Begriff „Warschauer Paket“ (*Warsaw Package*) bezeichnet; die polnischen Diplomaten sprachen aber für gewöhnlich von der „Warschauer Deklaration“. Selvage stützt seine Ergebnisse vor allem auf die Auswertung der in den Zentralkomitees der SED und der PVAP entstandenen Dokumente. Da seine Arbeit mit der Vertikundung der Warschauer Deklaration im Februar 1967 endet, bleibt die Umsetzung der Konferenzbeschlüsse außen vor. Wie aus dem Titel seiner Arbeit bereits hervorgeht, hat sich Selvage auch nicht mit der Behandlung der deutschen Frage durch polnische Diplomaten in den Beziehungen zu den übrigen Blockstaaten Bulgarien, Rumänien, der Tschechoslowakei und Ungarn befaßt. Gerade hier werden die Absichten und die Gestaltungsmöglichkeiten der polnischen Regierung aber besonders deutlich. Am Beispiel der bislang noch nicht näher untersuchten Erneuerung der blockinternen Zweierverträge läßt sich das Vorgehen der polnischen Diplomatie in jener Zeit besonders gut veranschaulichen.

Warschauer Versuche zur Stärkung der eigenen Position mittels der Zweierverträge

Neben den Versuchen, die UdSSR zu einer Koordinierung der Deutschlandpolitik im Rahmen des Warschauer Vertrags zu drängen, bemühte sich Warschau, in die bilateralen Verträge mit seinen Verbündeten über Freundschaft und Zusammenarbeit Bestimmungen einzubringen, welche die Vertragspartner zu einem gemeinsamen politischen Vorgehen gegenüber der Bundesrepublik gemäß den Beschlüssen der Außenministerkonferenz verpflichten sollten.

Hierzu ist grundsätzlich festzuhalten, daß die Unterzeichnung solcher Verträge zwischen den Blockstaaten während der zweiten Hälfte der 60er Jahre nicht auf unmittelbaren Druck der Sowjetunion erfolgte. Vielmehr liefen die Ende der 40er Jahre mit einer Laufzeit von 20 Jahren geschlossenen Verträge allmählich aus: 1967 erlosch Polens Vertrag mit der Tschechoslowakei, 1968 die Abkommen mit Bulgarien und Ungarn.

⁶³ DOUGLAS SELVAGE: *The Treaty of Warsaw. The Warsaw Pact Context*, in: American Détente and German Ostpolitik, 1969-1972, hrsg. von DAVID C. GEYER und BERND SCHÄFER, Washington, DC 2004 (Bulletin of the German Historical Institute, Supplement 1), S. 67-79, hier S. 70. Zu den Verhandlungen während der Konferenz DEKS.: Poland (wie Anm. 3), S. 208 f.

⁶⁴ DEKS.: Poland (wie Anm. 3), S. 216.

Im Herbst 1966 beriet sich Walter Ulbricht mit Brežnev über den Abschluß eines „Vertrags über Freundschaft und Zusammenarbeit“, den die DDR, beunruhigt ob des neuen Kurses der bundesdeutschen Ostpolitik und um Stärkung ihrer eigenen Position bemüht (ein entsprechender Vertrag bestand bis dahin nur mit der UdSSR), Polen und der Tschechoslowakei vorzuschlagen gedachte.⁶⁵ Gomulka erfuhr am 14. Oktober 1966 in einem Gespräch mit Brežnev von den Plänen der DDR-Regierung, die Initiative für den Abschluß bilateraler Verträge mit Polen und der Tschechoslowakei zu ergreifen. Er entgegnete: „Das ist doch nichts Neues. Das ist ein alter Gedanke, unser Gedanke.“⁶⁶ An dieser Stelle sei daran erinnert, daß Warschau seinerseits bereits Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre bemüht war, innerhalb des Warschauer Pakts die Bildung eines inneren Blocks von in erster Linie politisch, aber auch wirtschaftlich enger kooperierenden Staaten anzuregen („Eisernes Dreieck“). Da es seinerzeit aber offenbar Differenzen zwischen Polen und der UdSSR über das Ausmaß der Zusammenarbeit zwischen Polen und der DDR gab, wurde der Plan zur Bildung eines solchen Dreiecks nach der zweiten Berlinkrise fallengelassen.⁶⁷

Nachdem die DDR im Herbst 1966 ihren Vorschlag zum Abschluß von zweiseitigen Verträgen bzw. gar eines dreiseitigen Abkommens unterbreitet hatte, wurde im polnischen Außenministerium eine interne Stellungnahme angefertigt.⁶⁸ Darin wurde darauf hingewiesen, daß die von der DDR vor allem für den Bereich bilateraler Beratungen vorgeschlagenen Bestimmungen über den Text des Warschauer Vertrags hinausgingen und im Falle zukünftiger Gespräche mit der Bundesrepublik relevant wären. Da sie zudem Warschauer Vorstellungen zur europäischen Sicherheitspolitik einengen würden, seien sie in dieser Form unannehmbar. Auf der anderen Seite war man der Meinung, daß ein Aufgreifen der Ostberliner Initiative zur Bildung eines Systems innerer Bündnisse führen könnte. Dies „würde dem Gedanken entsprechen, welcher unserem Konzept eines im Rahmen des Warschauer Vertrags engeren Zusammenschlusses der vier an der deutschen Frage besonders interessierten Staaten UdSSR, Volksrepublik Polen, ČSSR und DDR zugrunde lag.“⁶⁹ Große Bedenken rief jedoch der Zeitpunkt des Vorschlags hervor, denn man befürchtete zugleich, der Aufbau eines inneren Bündnisses im

⁶⁵ TIMOTHY GARTON ASH (wie Anm. 7), S. 74, vertritt die Auffassung, die DDR sei von der sowjetischen Führung gedrängt worden, den Abschluß eines solchen Vertrags vorzuschlagen. Dies ist denkbar, allerdings wäre der Druck aus Moskau dann nicht sonderlich groß gewesen, denn vom Auftauchen des Plans bis zu dessen Verwirklichung verging fast ein halbes Jahr.

⁶⁶ Tajne dokumenty (wie Anm. 2), S. 364-432, hier S. 407; Stenogram z rozmów polsko-radzieckich w Moskwie 10-15 X 1966 [Stenogram der polnisch-sowjetischen Gespräche in Moskau 10.-15.10.1966].

⁶⁷ Dazu IHME-TUCHEL (wie Anm. 20), S. 334 f.

⁶⁸ AMSZ, Dep. I, z. 36/70, w. 2, o. Pag. (dringende Notiz, angefertigt vor den Beratungen mit der Tschechoslowakei, 21.11.1966).

⁶⁹ Ebenda.

Warschauer Pakt könnte „den Tendenzen der übrigen NATO-Staaten und insbesondere der westeuropäischen Länder, sich von der Politik der BRD zu distanzieren, entgegenwirken. [...] Bilaterale Verträge mit der DDR, die auch militärische Beschlüsse enthielten, könnten genutzt werden, um die Zerfallsprozesse der NATO aufzuhalten und vor allem jene Bestandteile der Politik de Gaulles zu erschweren, die für uns im Zusammenhang der Entspannung zwischen Ost und West vorteilhaft sind.“⁷⁰ Man regte daher Änderungen am Vertragsentwurf der DDR an und empfahl insbesondere, sich auf den Aufbau einer wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit zu beschränken.

Darüber hinaus wurde darauf hingewiesen, daß der Polen vorgelegte Entwurf – anders als der 1964 zwischen der UdSSR und der DDR geschlossene Vertrag, der an die üblichen Formen politischer Abkommen angepaßt sei – zahlreiche eher an Deklarationen erinnernde Klauseln sowie scharfe Formulierungen zu den Beziehungen mit der Bundesrepublik enthalte, die in zwischenstaatlichen Verträgen unangebracht seien. Auch die vorgeschlagenen Aussagen zu den europäischen Grenzen blieben nicht ohne Widerspruch, denn nach Ansicht Warschaws müßte sowohl die deutsch-deutsche Grenze, wegen der wenn auch „entfernten und unbestimmten Aussicht auf eine Wiedervereinigung“, als auch die Grenze zu Polen anders behandelt werden. Im Görlitzer Vertrag sei die Oder-Neiße-Grenze als polnisch-deutsche Grenze bezeichnet worden, nun sei im Vorschlag Ostberlins von ihr aber als der Grenze zwischen Polen und der DDR die Rede. Diese Formulierung würde einen Schritt zurück bedeuten und sei für Warschau daher nicht annehmbar.⁷¹ Vermutlich baute man darauf, daß im Falle einer Wiedervereinigung Deutschlands auch die nur von einem der beiden deutschen Staaten unterzeichneten Verträge bindend bleiben würden oder doch als Argument für eine Anerkennung der Grenzen dienen könnten.⁷² Der Verfasser des Aktenvermerks empfahl darüber hinaus, aus dem Vertragsentwurf jene Passagen zu streichen, die Polen hinsichtlich der Beziehungen aufzulegen der DDR und der Bundesrepublik verschiedene Verpflichtungen auferlegen würden, insbesondere die Verpflichtung, sich für eine schnellere Normalisierung des beiderseitigen Verhältnisses einzusetzen.

Vor dem Hintergrund der eingangs erwähnten Rivalität Polens und der DDR in der Deutschlandpolitik war Warschau auf keinen Fall geneigt, Vertragsvereinbarungen anzunehmen, welche der DDR in den gegenseitigen Beziehungen der beiden Länder oder gar im Ostblock insgesamt ein Übergewicht in diesen Fragen verschafft hätten. Gomułka argwöhnte, daß die Politik der DDR zu einer allzu großen Annäherung der beiden deutschen Staaten führen könnte, und es scheint, daß er dieser Eventualität mit allen

⁷⁰ Ebenda.

⁷¹ Ebenda.

⁷² Der Görlitzer Vertrag wurde sowohl in der Propaganda als auch in diplomatischen Gesprächen, etwa mit der Bundesrepublik, als Beispiel für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als deutsch-polnische Grenze benutzt.

Mitteln vorbeugen wollte. Alles in allem sah sich Warschau durch die Vertragsinitiative der DDR offenbar in seiner Sorge über die unklaren Absichten des Nachbarn bestätigt.

Der Vorschlag der DDR war auch Gegenstand eines Gesprächs, an welchem der polnische Botschafter in Prag Janurek und der Vize-Außenminister der Tschechoslowakei Antonín Gregor am 7. November 1966 teilnahmen. Die tschechoslowakische Seite brachte darin ihr Bedauern darüber zum Ausdruck, daß die Initiative Ostberlins nicht früher erfolgt sei; ein halbes Jahr zuvor hätte man den Vorschlag ohne Zögern angenommen. Diese Aussage zeugt indirekt davon, daß die Gespräche zwischen der Tschechoslowakei und der Bundesrepublik zu diesem Zeitpunkt recht intensiv gewesen sein dürften. Gregor machte deutlich, daß Prag dem von Ostberlin unterbreiteten Vorschlag zum Abschluß eines Vertrags zwischen der Tschechoslowakei, der DDR und Polen nun aber nicht mehr zustimmen werde. Man sei inzwischen der Meinung, daß im Rahmen des Warschauer Vertrags keine engeren Zusammenschlüsse gebildet werden sollten.⁷³ Schon allein, daß der Gedanke eines Vertrags mit der DDR aufgenommen war, schien bei den tschechoslowakischen Gesprächsteilnehmern für Verstimmung gesorgt zu haben.

Wenige Tage später, am 22. November, fand in Warschau ein Meinungsaustausch zwischen den Außenministern beider Länder statt. Die Haltung der tschechoslowakischen Seite vertrat Vizeminister Kurka, allerdings unter dem Vorbehalt, daß diese noch nicht völlig mit Partei und Regierung abgestimmt sei.⁷⁴ Eine solche absichernde Aussage ließ die Möglichkeit offen, sich zu einem späteren Zeitpunkt von einigen Abmachungen zu distanzieren. Kurka räumte ein, daß beide Länder wohl einen Vertrag unterzeichnen sollten, schon allein, um das System bilateraler Verbindungen zwischen den sozialistischen Ländern zu beschließen. Die Ratifizierung eines solchen Vertrags werde allein noch keine nennenswerte Verschlechterung der Beziehungen zu den kapitalistischen Staaten nach sich ziehen, wohl aber sei nicht auszuschließen, daß die „Lancierung unserer gemeinsamen Ideen“ vorübergehend eine Verstimmung bewirken könne. Nach Ansicht Kurkas kam es letztlich nur darauf an, einen geeigneten Zeitpunkt für die Unterzeichnung eines solchen Vertrags zu wählen.

Ähnlich äußerte sich der polnische stellvertretende Außenminister Marian Naszkowski. Er erklärte, Warschau habe seine Bedingungen für eine Normalisierung der Beziehungen zur Bundesrepublik verschärft, weil man glaube, daß in der gegenwärtigen Situation Druck auf die Bonner Regierung ausgeübt werden müsse. Hingegen lehne die polnische Regierung dreiseitige Sondierungsgespräche mit der DDR und der Tschechoslowakei nicht grundsätzlich ab. Im Anschluß trug Naszkowski die polnischen Bedenken gegen den Wortlaut des von der DDR übermittelten Vertragsentwurfs vor, denen sich die

⁷³ AMSZ, Dep. I, z. 34/70, w. 1, o. Pag. (Gesprächsnotiz, 11.12.1966).

⁷⁴ Hierzu und zum folgenden siehe AMSZ, Dep. I, z. 36/70, w. 2, o. Pag. (Notiz von den Beratungstreffen, November 1966).

tschechoslowakische Delegation mit der Bemerkung anschoß, „in der gegenwärtigen Form ist dies kein Freundschafts-, sondern ein Anti-BRD-Vertrag“.⁷⁵ Was das Münchener Abkommen angehe, so werde die Tschechoslowakei in Gesprächen mit der Bundesrepublik auf ihrem Grundsatz beharren, daß dieses von Beginn an rechtsunwirksam gewesen sei.

Unter Berücksichtigung der tschechoslowakischen Positionen – Prag bestand darauf, daß der Verlauf der tschechoslowakisch-deutschen Grenze als unzweifelhaft erschien, und verlangte die Ausrichtung der Bestimmungen des Abkommens für den Verteidigungsfall an den Grundsätzen des Warschauer Pakts⁷⁶ – ging man in Warschau schließlich daran, einen Vertrag zwischen Polen und der Tschechoslowakei zu entwerfen, und Ende Februar 1967 kam eine Abordnung der ČSSR nach Warschau, um einen „Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe“ zu unterzeichnen. Bei dieser Gelegenheit fand auch ein Gespräch der beiden Ersten Sekretäre statt, in welchem Gomulka seinem tschechoslowakischen Amtskollegen Novotný seine Vision für die Zukunft Deutschlands skizzierte: „In der Politik gibt es keine Wahrsager, aber eine klare Linie trägt klare Früchte. Kein sozialistisches Land hat je gesagt, daß es nicht zu einer Wiedervereinigung Deutschlands kommen werde. Wir stellen nur den zutreffenden Umstand heraus, daß dies Frage eines langen historischen Prozesses ist. Allerdings müssen wir diesen Prozeß so gestalten, daß dann, wenn die Wiedervereinigung Deutschlands auf der Tagesordnung stehen sollte, die demokratischen und sozialen Errungenschaften der DDR nicht bloß erhalten, sondern auf den zweiten Teil Deutschlands übertragen werden.“⁷⁷

Gomulka sprach sich ferner für eine weitere Abstimmung der Politik beider Länder aus und erklärte, Warschau wolle nicht den Eindruck entstehen lassen, „daß die Polen keine Beziehungen zur BRD wollen, weil Bonn unsere Grenzen nicht anerkennt. Das Wichtigste ist für uns die Lossagung von der Hallstein-Doktrin und die Anerkennung zweier deutscher Staaten.“⁷⁸ In diesem Zusammenhang gestand Novotný, daß sich Willy Brandt bemühe, Kontakte zur tschechoslowakischen Regierung zu knüpfen, und sogar an einem

⁷⁵ Ebenda.

⁷⁶ AMSZ, Dep. I, z. 36/70, w. 2, o. Pag. (dringende Notiz Maria Wiernas, 01.02.1967).
⁷⁷ AAN, KC PZPR, XI A/34, Bl. 189-200, hier Bl. 191.: Notatka z rozmów delegacji polskiej i czechosłowackiej w KC PZPR w dniu 28 lutego 1967 pod przewodnictwem tow. tow. W. Gomulki i A. Nowotnego [Notiz von den Gesprächen der polnischen und der tschechoslowakischen Delegation im Zentralkomitee der PVAP am 28. Februar 1967 unter Leitung der Genossen W. Gomulka und A. Nowotný], Warschau, 28. Februar 1967. Es ist schwer zu sagen, inwieweit die Übertragung des sowjetischen Sozialismus auf Westdeutschland tatsächlich ein ernstgemeintes Ziel darstellte oder inwieweit Gomulkas Bemerkung der Art des Treffens geschuldet war. In Unterredungen wie diesen, zwischen den beiden Ersten Sekretären zweier kommunistischer Parteien, war der Austausch ideologischer Argumente – im Unterschied zu Gesprächen mit westlichen Diplomaten – häufig.

⁷⁸ Ebenda, Bl. 192.

Besuch interessiert sei, was die Führung der ČSSR aber abgelehnt habe. Die Kontakte zur Bundesregierung seien auch deshalb erschwert, weil die Tschechoslowakei als einziges Land des Ostblocks keine Handelsmission in der Bundesrepublik unterhalte. Novotný betonte, daß die Politik Prags der Linie Warschau nun näher sei. „Was München angeht, so haben wir, wie Ihr bemerkt habt, die Formel längst geändert. Diese veränderte Ausdrucksweise fand sich offiziell erstmals in meiner Rede vom 24. Februar in Prag.“⁷⁹ Zu diesem Wandel der Rhetorik war es demnach erst nach der Warschauer Außenministerkonferenz gekommen. Damit bestätigte sich der Verdacht Warschaws, daß, wenngleich die tschechoslowakische Regierung in ihrer Antwort auf die Note der Bundesrepublik vom März 1966 davon gesprochen hatte, es sei unabdingbar, daß Bonn das Münchener Abkommen für von Beginn an ungültig erkläre, sie in den Gesprächen mit der Bundesrepublik Kompromisse eingegangen war.

Parallel zu den polnisch-tschechoslowakischen Vertragsgesprächen verhandelte Warschau auch mit der DDR über ein Abkommen. Am 11. und 12. Januar 1967 betreten die beiden Außenminister Rapacki und Winzer in Warschau über einen in den Ressorts vorbereiteten Vertragsentwurf. Winzer kritisierte die Politik der Bundesrepublik, welche sich für die Verwirklichung ihrer militaristischen Ziele neuer Methoden bediene, indem sie unter Aufrechterhaltung der Verbindung mit den USA gleichzeitig die guten Beziehungen zu Frankreich wiederherstellen wolle. Der Versuch Bonns, eine umfassende Annäherung an einen Teil der sozialistischen Staaten zu erreichen, zielt hingegen darauf, die DDR im eigenen Lager zu isolieren.⁸⁰ Rapacki informierte seinen Ostberliner Amtskollegen an dieser Stelle darüber, daß westliche Gesprächspartner Polen zu einer Annäherung an Bonn überreden wollten. Warschau sei aber der Meinung, eine Verständigung mit der Bundesrepublik müsse mit Bemühungen der westlichen Staaten einhergehen, ihre Beziehungen zur DDR zu normalisieren. Nach Ansicht des polnischen Außenministers sei die gegenwärtige Situation einer Verbesserung der internationalen Lage der DDR nicht förderlich, da die Amerikaner wegen ihres Krieges in Vietnam in Europa Ruhe haben wollten. „Sie warnen sogar die Bundesrepublik davor, im Alleingang etwas in Richtung DDR hin zu unternehmen.“⁸¹

Winzer forderte außerdem, daß die Abkommen mit Polen und der Tschechoslowakei eine Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Nazismus und Militarismus vorsähen – wogegen jedoch sowohl die Regierungen in Prag

⁷⁹ Ebenda, Bl. 194.

⁸⁰ AMSZ, Dep. I, z. 36/70, w. 3/4, o. Pag. (dringende Notiz Marian Naszkowski von den am 11./12. Januar 1967 abgehaltenen Beratungen der Außenminister Polens und der DDR).

⁸¹ Ebenda.

und Warschau protestierten.⁸² Es gelang Warschau schließlich weitgehend, seine Vorstellungen durchzusetzen, die DDR willigte in die Mehrzahl der von Polen vorgeschlagenen Änderungen am Entwurf ein. So wurde die Oder-Neiße-Grenze als polnisch-deutsche Grenze behandelt, und eine Verpflichtungserklärung Warschaws, sich für eine schnellere Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten einzusetzen, unterblieb.

Im Zuge der Unterzeichnung des Vertrags, für die eine Delegation mit Walter Ulbricht an der Spitze nach Warschau reiste, kam es am 14. März unter der Leitung der beiden Ersten Sekretäre zu einem Gespräch der Vertreter beider Länder.⁸³ Darin warnte Gomułka: „Wenn es unter den Staaten des Warschauer Pakts ein Schwanken geben sollte und alle Mitglieder diplomatische Beziehungen mit der BRD aufnahmen, dann würde dies im Westen als große Nachgiebigkeit gegenüber Westdeutschland unsererseits verkündet werden, als Bereitschaft, sogar noch größere Kompromisse einzugehen. Dies würde in der Folge England und Frankreich zu noch größerer Willfährigkeit gegenüber der Politik der BRD bewegen.“⁸⁴ Was die positiven Auswirkungen des Vertrags zwischen Polen und der DDR angehe, so werde dieser zu einer Vertiefung der Zusammenarbeit in allen Bereichen führen. Die größte Bedeutung maß Gomułka dabei der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Kooperation zu, gemäß seiner Überzeugung, daß es notwendig sei, die DDR auf diesen Gebieten enger an den Ostblock zu binden. Ulbricht äußerte dazu: „Die Formulierungen des Vertrags reichen über das hinaus, was in bisherigen Verträgen und Vereinbarungen beschlossen worden war, und entsprechen genau den Geboten der Situation und der Politik, die wir führen. Im Grunde enthält der Vertrag Direktiven, die das Verhältnis unserer Staaten zu Westdeutschland betreffen.“⁸⁵ Bezogen auf die Aussage Gomułkas, es sei unerlässlich, die wirtschaftliche Kooperation der Blockstaaten zu intensivieren, betonte Ulbricht die Notwendigkeit, zum Zweck der Modernisierung der sozialistischen Volkswirtschaften mit dem Westen zusammenzuarbeiten, da sich die Methoden des RGW in der Praxis nicht bewähren würden. Gomułka pflichtete der Einschätzung bei, daß die wirtschaftlichen Probleme im Rahmen des RGW nur schwer zu lösen seien, und schlug den Abschluß zweier bzw. – unter Einbeziehung der Tschechoslowakei – dreiseitiger Abkommen vor. Die DDR zeigte sich an einer rein wirtschaftlichen Kooperation jedoch

⁸² AMSZ, Dep. I, z. 36/70, w. 3/4, o. Pag. (Notiz Marian Naszkowski, 24.01.1967). Warschau wollte sogar, daß der Vertrag auf polnisch und tschechisch unterzeichnet würde, was unterstrichen hätte, daß den Beziehungen zu Prag eine höhere Bedeutung beigemessen wurde.

⁸³ AAN, KC PZPR, XI A/46, Bl. 96-111: Notatka z rozmów delegacji polskiej i delegacji NRD w KC PZPR w dniu 14 marca 1967 r. pod przewodnictwem tow. tow. W. Gomułki i W. Ulbrichta [Notiz von den Gesprächern der polnischen und der tschechoslowakischen Delegation im Zentralkomitee der PVAP am 14. März 1967 unter Leitung der Genossen W. Gomułka und W. Ulbricht], Warschau, 21. März 1967.

⁸⁴ Ebenda, Bl. 99.

⁸⁵ Ebenda, Bl. 101.

nicht sonderlich interessiert, und die Hoffnung Ostberlins, einen Dreiervertrag abschließen zu können, der eine engere politische Zusammenarbeit zum Ziel gehabt hätte, erfüllte sich nicht. Man wird dies auch als Hinweis darauf werten können, daß Ulbrichts Stellung im Ostblock nicht so stark war, wie bislang angenommen. Dennoch sprach man angesichts einer vermeintlich engen Zusammenarbeit zwischen Ostberlin, Prag und Warschau vom „Eisernen Dreieck“.

Ein weiteres Land, das von Warschau verdrängt wurde, möglichst schnell Beziehungen zur Bundesrepublik aufnehmen zu wollen, war Bulgarien. Seit 1964 ließ sich, nicht zuletzt infolge der Eröffnung von Handelsmissionen in Sofia und Köln, eine Belebung der bulgarisch-bundesdeutschen Wirtschaftsbeziehungen beobachten. In einem Vermerk der polnischen Botschaft in Sofia wurde darauf hingewiesen, daß die Handelsmissionen teilweise auch konsularische sowie Funktionen im kulturellen und wissenschaftlich-technischen Bereich übernommen hätten. Ferner hieß es: „Darauf rechnend, den traditionellen deutschen Einfluß auf dem Balkan zu erneuern und diesen für eine Entzweiung der sozialistischen Staaten zu nutzen, strebt die BRD danach, die auf eine Intensivierung des Auslands Handels mit dem Westen zielenden Bemühungen Bulgariens auszunutzen.“ Es wurde daran erinnert, daß der Staatssekretär im Bonner Außenministerium Rolf Lahr, der schon zuvor in verteilten Missionen eingesetzt worden sei, im September 1966 zu einem Besuch in Bulgarien weilte. Zwar wurde angemerkt, daß Bulgarien in öffentlichen Verlautbarungen die Politik des Ostblocks und augenscheinlich auch die Ergebnisse der Bukarester Beratungen unterstütze.⁸⁶ Auf der anderen Seite aber habe die bulgarische Regierung nicht auf die „Friedensnote“ der Bundesrepublik geantwortet. Auch sei kürzlich, im Gegensatz zu dem in der bulgarischen Presse früher üblichen Prinzip, das Memorandum der UdSSR vom 28. Januar 1967 zum Aufleben „militaristischer und neohitleristischer Kräfte“ lediglich in Auszügen und ohne Kommentar veröffentlicht worden. Über den Abschluß des polnisch-tschechischen Freundschaftsvertrags habe man überhaupt nicht berichtet, noch sei die Bedeutung der Verträge Polens und der Tschechoslowakei mit der DDR besprochen worden. Gerichteten aus bulgarischen diplomatischen Kreisen zufolge werde Bulgarien von Frankreich gedrängt, Beziehungen zur Bundesrepublik aufzunehmen. Auch habe man das vieldeutige Auftreten des bulgarischen Außenministers Ivan Bašev auf einer Pressekonferenz in Oslo am 3. März 1967 registriert. Bašev hatte dort

⁸⁶ AAN, KC PZPR, XI A/28, Bl. 131-146, hier Bl. 132 (Berichtsvermerk der Delegation des Zentralkomitees der PVAP über den Verlauf des 9. Parteitags der Bulgarischen Kommunistischen Partei, November 1966). Als Beispiel wurde die Rede des Ersten Sekretärs Todor Živkov auf dem 9. Parteitag der Bulgarischen Kommunistischen Partei im November 1966 angeführt. Darin hatte dieser u.a. gesagt: „Die Gebietsforderungen der westdeutschen Revanchisten müssen endgültig zurückgewiesen werden. Die Grenzfrage in Europa ist geregelt. Die europäischen Nationen versperren dem Revanchismus den Weg.“ Siehe ebenda.

gesagt, daß Bulgarien mit jenen Ländern zusammenarbeiten wolle, welche die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs als Tatsachen anerkennen würden, zugleich aber hinzugefügt, dies sei keine Vorbedingung, sondern lediglich ein „Grundsatz“.⁸⁷

Der bestehende Freundschaftsvertrag zwischen Polen und Bulgarien lief 1968 aus. Wie es scheint, war Warschau aber nicht deshalb an der schnellen Unterzeichnung eines neuen Vertrags gelegen, vielmehr muß dies im Zusammenhang des Versuchs gesehen werden, die Positionen der Blockstaaten gegenüber der Bundesrepublik zu vereinheitlichen. Warschau hatte jedoch Probleme, Sofia zur Aufnahme von Klauseln mit antideutscher Aussage in den zu erneuernden Freundschaftsvertrag zu bewegen. Botschafterin Maria Wierna, Generaldirektorin des Außenministeriums, schrieb in einer Notiz an die Parteiführung: „Sämtliche Nachkriegsbündnisse Polens, u.a. mit Bulgarien, definieren den gegenseitigen Schutz vor der Gefahr einer Aggression von seiten Deutschlands oder mit diesem verbündeter Staaten oder Staaten-gruppen als ihr Ziel. Dieses Ziel erklären auch unsere erneuerten zweiseitigen Verträge mit den Nachbarn, sowohl in den einleitenden deklarativen Formulierungen als auch in den konkreten Verteidigungsbestimmungen – mit der Einschränkung auf eine Aggression seitens der Kräfte des westdeutschen Militarismus. In der Angelegenheit einer solchen Definition traf unsere Arbeitsabordnung auf die entschiedene Ablehnung, in den Vertrag irgendeine Andeutung zu diesem Thema aufzunehmen.“⁸⁸ Nach langer Diskussion und der faktischen Drohung Warschaws, es sei wohl besser, die Unterzeichnung eines neuen Vertrags zu verschieben, als den jetzigen ohne jedwede Erwähnung der „europäischen Hauptbedrohung“ zu verlängern, willigte Bulgarien lediglich ein, eine neue Passage in die Präambel einzufügen. Darin hieß es, während die DDR eine Friedenspolitik betreibe, „bedrohen die westdeutschen Kräfte des Militarismus und des Revanchismus den Frieden“ (nicht die Bundesrepublik als Staat, W.J.), und es wurde gegenseitige Hilfe zugesichert, sollte es zu einer Aggression seitens der „Kräfte des Imperialismus und des Revanchismus“ kommen. Da Warschau zudem an dieser Stelle eigentlich die Formulierung „Kräfte des westdeutschen Militarismus“ einbringen wollte, betonte Maria Wierna, dies seien „andere Akzente als in den Fällen der übrigen Freundschaftsverträge“.⁸⁹ Die Vertragsunterzeichnung erfolgte schließlich im April 1967 in Sofia. Dennoch gab Bulgarien seine

⁸⁷ AMSZ, Dep. I, z. 36/70, w. 1, o. Pag. (Material zur Vorbereitung der Gespräche Živkov – Gomulka anlässlich des Besuchs in Sofia vom 03.-07.04.1967).

⁸⁸ AMSZ, Dep. I, z. 36/70, w. 1, o. Pag. (dringende Notiz betr. den Vertrag zwischen der Polnischen Volksrepublik und der Volksrepublik Bulgarien über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe, 24.03.1967).

⁸⁹ Ebenda.

Gespräche mit der Bundesrepublik zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen offenbar erst nach einem Besuch Brežnevs in Sofia im Mai 1967 auf.⁹⁰

Auch die Außenpolitik Ungarns sorgte in Warschau für Unruhe. Im „Politischen Bericht für den Zeitraum 01.04.1966-01.03.1967“ schrieb der polnische Botschafter in Budapest Jan Kijanczyk, daß der Grund, weshalb sich die ungarische Regierung mit der deutschen Frage beschäftige, in wirtschaftlichen Interessen liege.⁹¹ „Nach der Warschauer Konferenz der Außenminister kann man darauf zählen, daß die Möglichkeit, Beziehungen mit der BRD ‚ohne Bedingungen‘ aufzunehmen, ausgeschlossen ist, und wenn es in Zukunft doch zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen kommen sollte, dann mit Sicherheit nicht zu den Bedingungen, wie Rumänien sie angenommen hat.“ Kijanczyk wies darauf hin, daß ein deutlicher Wandel in der Haltung Ungarns zu einer möglichen Normalisierung der Beziehungen stattgefunden habe und daß ungarische Gesprächspartner betont hätten, man habe mit der Warschauer Erklärung ein bindendes Dokument unterzeichnet. „In einigen Gesprächen scheint ein Unterton des Bedauerns über den späten Termin der Warschauer Konferenz durch. Das Fehlen gewisser Übereinstimmungen in der vorangegangenen Zeit führte zu einem weiten Engagement des hiesigen Außenministeriums in den Gesprächen mit Lahr während dessen letztem Besuch in Budapest, und deshalb wollen manche hohen Beamten des hiesigen Außenministeriums dieses Thema gegenwärtig nicht aufnehmen, obwohl sie zuvor sehr tätig darlegten, daß man den Vorschlag der BRD nicht zurückweisen dürfe, weil dies zu einer Verhärtung der gesamten, will sagen der Ostpolitik der Kiesinger-Regierung führen würde.“⁹² Die Beschlüsse der Warschauer Außenministerkonferenz erschienen Ungarn aber nicht präzise genug zu sein, vielmehr könnten diese immer noch derart interpretiert werden, daß sie den Weg zu Gesprächen mit der Bundesrepublik nicht völlig versperren würden.

Einige Tage nach Abschluß der Konferenz, am 17. Februar 1967, richtete Zoltán Komócsin, Sekretär des Zentralkomitees der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (*Magyar Szocialista Munkáspárt*, USAP), einen Brief an das Zentralkomitee der PVAP, in welchem er ein Treffen der sechs Außenminister in Budapest vorschlug, auf dem die deutsche Frage erörtert werden solle. Warschau sah jedoch keine Notwendigkeit für weitere multilaterale Beratungen, vermutlich aus Sorge, die Aussage der Warschauer Konferenz könne geschwächt werden. In seiner Antwort auf diesen ungarischen Vorstoß schlug Zenon Kliszko als Mitglied des Zentralkomitees der PVAP und Ver-

⁹⁰ AAPD 1967, Bd. 2, S. 921 f.; Vortragender Legationsrat I. Klasse Herrmann, Sofia, an das Auswärtige Amt, Beitr. Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Bulgarien, 15.05.1967.

⁹¹ AMSZ, Dep. I, z. 36/70, w. 6, o. Pag.; Bericht der polnischen Botschaft in Budapest.

⁹² Ebenda.

trauter Gomulka das daher zweiseitige Gespräche zwischen den Ersten Sekretären und den Ministerpräsidenten Polens und Ungarns vor.⁹²

In der Folge kam es am 8./9. März zu einem inoffiziellen Besuch Gomulkas und Ministerpräsident Józef Cyrankiewiczs in Budapest, in dessen Verlauf neben anderen Fragen der internationalen Beziehungen vor allem die deutsche Frage diskutiert wurde. Die ungarische Seite erklärte, es sei ein schwerer Fehler gewesen, daß es nicht unmittelbar, nachdem die Bundesregierung ihre Entspannungspolitik eingeleitet hatte, zu einer engen Abstimmung gekommen sei. Der Erste Sekretär der USAP János Kádár erläuterte, man habe einleitende Gespräche mit der Bundesrepublik aufgenommen, da man sich gegenüber der UdSSR und Rumänien, die bereits Beziehungen mit Bonn unterhielten, in einer schlechteren, die eigenen Möglichkeiten begrenzenden Lage befinde.⁹⁴ Gomulka konstatierte unzufrieden einen Mangel an Einvernehmen unter den Ländern des Ostblocks und erinnerte daran, daß nur Polen und die DDR die Erklärung der Sowjetunion zum Neonazismus⁹⁵ in Deutschland im ganzen veröffentlicht hätten, während sie in der Presse der übrigen Länder lediglich erwähnt worden sei; folglich würden sich die anderen Blockstaaten „nur pro forma mit ihnen [der UdSSR, der DDR und Polen] solidarisieren“.⁹⁶ Dies könne die Position der DDR schwächen. Hätte nur die UdSSR diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik geknüpft, sähe es so aus, als ob sich die übrigen Länder mit Ostberlin solidarisch erklärten. Nun aber könne sich die DDR isoliert fühlen. Gomulka weiter: „Kürzlich ist in der BRD der Vorschlag vorgebracht worden, die UdSSR möge einen Gewaltverzichtsvertrag abschließen. Was bedeutet das? Die BRD schlägt vor, keine Gewalt zur Lösung von Streitfragen anzuwenden. Wenn wir diesem Vorschlag zustimmen, räumen wir indirekt ein, daß die Frage der Grenzen, der Wiedervereinigung und andere strittige Angelegenheiten sind. Wir werden ihrer Politik also ein Alibi geben, denn nach unserer These können weder das Problem der zwei deutschen Staaten noch das Grenzproblem Gegenstand einer Diskussion sein.“⁹⁷ Er schlug vor, man solle, wie einst von Chrusčev vorgeschlagen, für die nächsten 20 Jahre „das Problem der Wiedervereinigung von der Tagesordnung nehmen“ und zu dieser Frage erst dann zurückkehren, wenn sich die Situation stabilisiert habe. Nach Gomulkas Ansicht sei Polens Sicherheit nicht allein eine Frage von Garantieerklärungen für seine Grenzen, denn diplomatische Verträge könnten gebrochen werden, wie vor dem Zweiten Weltkrieg geschehen. Seine breit ausgeführten Sorgen galten auch der gesellschaftlichen Stimmung, und er suggerierte, die Ideen des

⁹² AAN, KC PZPR, XI M/64, Bl. 241-244 (Briefe).

⁹³ AAN, KG ZPZR, XI M/64, Bl. 243-290; Protokoll des inoffiziellen Besuchs Gomulkas und Cyrankiewiczs in Ungarn, Budapest, 08./09.03.1967.

⁹⁵ Siehe DzdP, Reihe 5, Bd. 1, S. 403-409; Erklärung der Regierung der UdSSR über den Nazismus und Militarismus in der Bundesrepublik Deutschland, 28.01.1967.

⁹⁶ Ebdenda, Bl. 252.

⁹⁷ Ebdenda, Bl. 260.

Sozialismus seien in den Gesellschaften der Blockstaaten lediglich oberflächlich wirksam. Um Warschau Vorgehen zu erläutern, führte er aus: „Das Problem läßt sich nicht auf die Oder-Neiße-Grenze zurückführen. Wir halten diese Angelegenheit hoch, weil es uns zustatten kommt, die deutschen Militäristen zu demaskieren. Wenn sie uns die Grenzen anerkennen, dann berauben sie uns im Kampf mit ihnen einer wichtigen Waffe. Der Westen denkt bereits darüber nach und rät der BRD, die Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen. Bis jetzt garantiert diese nur die Sowjetunion, während es später leichter für die westlichen Staaten wäre, in der polnischen Gesellschaft tätig zu werden. Eine solche Überlegung entbehrt nicht der Grundlage. Können wir sagen, daß unsere Gesellschaft bereits eine ist, die ganz auf Leben oder Tod für den Sozialismus kämpfen wird? Könt Ihr das sagen? Um so mehr [gilt das für die DDR, wo Bestrebungen nach einer Wiedervereinigung natürlich sind, es existieren Familienbände usw. Unsere Gegner zählen nicht auf eine militärische Entscheidung, sondern auf Zerfall, auf psychologische Beeinflussung. Wissend um die Taktik des Feindes, sollte man entsprechend vorgehen. Aus diesen Erwägungen heraus meinen wir, daß man keine diplomatischen Beziehungen mit der BRD aufnehmen darf.“⁹⁸

Ungarn brach in der Folge die Gespräche mit der Bundesrepublik ab. In einer Notiz des polnischen Außenministeriums zu den zweiseitigen Beratungen vom Oktober 1967 heißt es, der Standpunkt der ungarischen Regierung decke sich grundsätzlich mit dem der polnischen. Es wurde betont, Ungarn teile die polnische Haltung, daß es zweckmäßig sei, zwischen einer Normalisierung des Verhältnisses zur Bundesrepublik und der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu unterscheiden. Der Tonfall in beiden Ländern sei aber anders: Die deutschen Einflüsse seien in Ungarn aufgrund der Verbreitung der deutschen Sprache sowie der ausgebauten Zusammenarbeit auf dem Industrie- und dem Touristiksektor wohl stärker.⁹⁹

Obwohl im folgenden Jahr auch der 1948 zwischen Polen und Ungarn geschlossene „Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe“ auslief, drängte Warschau, anders als im Fall Bulgariens, nicht auf die vorzeitige Unterzeichnung eines neuen Abkommens, da man der ungarischen Politik gegenüber Bonn größeres Vertrauen entgegenbrachte. So wurde der endgültige Text des neuen Vertrags erst während eines Aufenthalts des ungarischen stellvertretenden Außenministers in Polen im Januar 1968 ausgehandelt. Während der begleitenden Gespräche „ging die polnische Seite von der Grundlage der zuvor bereits unterzeichneten Verträge aus, in dem Streben nach größtmöglicher Berücksichtigung im Vertragstext der Hauptbedrohung, welche in Europa die militaristischen und revanchistischen Handlungen der

⁹⁸ Ebdenda, Bl. 261.

⁹⁹ AMSZ, Dep. I, z. 9/74, w. 8, o. Pag.: Die ungarische Haltung betr. die europäische Sicherheit, das deutsche Problem und die NATO. Notiz von den Beratungen in Warschau, 08.10.1967.

BRD sind“.¹⁰⁰ Ungarn schlug hingegen vor, den entsprechenden Vereinbarungen einen allgemeineren Charakter, „ohne besondere Herausstellung des deutschen Problems“, zu geben. Man einigte sich schließlich auf die Kompromißformulierung, daß sich die Vertragsparteien der von den „westdeutschen Kräften des Militarismus und Revanchismus“ für den Frieden ausgehenden Gefahr bewußt seien. Zudem vereinbarte man, im Fall einer Aggression von dieser Seite oder verbündeten Kräften zusammenarbeiten zu wollen. Kein Staat wurde direkt genannt, da Ungarn einer namentlichen Erwähnung der Bundesrepublik nicht zustimmen wollte.

Im Januar 1969 erlosch Polens Vertrag mit Rumänien. Da es angesichts der unabhängigen Politik Bukarests aussichtslos schien, sich um die Unterzeichnung eines Abkommens zu bemühen, das den Zielen der polnischen Deutschlandpolitik entsprechen hätte, erneuerte Warschau den Vertrag mit Rumänien erst im November 1970, also zu einem Zeitpunkt, da Polen im Grunde selbst bereits einen bilateralen Vertrag mit der Bundesrepublik ausgehandelt hatte.

Die DDR unterzeichnete ebenfalls zweiseitige Verträge mit den übrigen Blockstaaten. In seiner Bewertung dieser Abkommen schrieb Hans Ruete, daß die mit der Tschechoslowakei und Ungarn unterzeichneten Verträge sowie der mit Bulgarien geplante zumindest theoretisch keine Hindernisse für die Bemühungen der Bundesregierung um diplomatische Beziehungen zu diesen Ländern darstellen würden.¹⁰¹ Eine Ausnahme bildete der Vertrag mit Polen. Gomulka zeigte sich entschlossen, der Bundesrepublik ihre Politik der Öffnung nach Osten zu erschweren, da er diese in der damaligen Situation als schädlich für die Interessen Warschaws ansah. Insbesondere fürchtete er, die Unterstützung der Blockstaaten für die polnische Haltung in den Grenzfragen, die bis dahin als Druckmittel gegenüber Bonn diente, zu verlieren, sowie, daß es zu einer allzu großen Annäherung zwischen der Bundesrepublik und der DDR kommen könnte.

Zusammenfassung

Bonns Neuausrichtung seiner Ostpolitik bewirkte sowohl in Ostberlin als auch in Warschau eine verstärkte Aktivität, denn Polen und die DDR waren diejenigen Staaten des Ostblocks, die das größte Interesse daran hatten, für die Deutschlandpolitik gemeinsame Grundsätze festzulegen. Beide Länder bemühten sich eigenmächtig darum, die übrigen Blockstaaten – auch die UdSSR, deren Absichten nicht immer durchsichtig schienen – dazu zu bewegen, ihre besondere Haltung als berechtigt anzuerkennen und in der Politik

gegenüber der Bundesrepublik zu berücksichtigen. Dies bedeutete aber nicht, daß ihre Vorstellungen zur Lösung der deutschen Frage identisch gewesen wären. Ostberlins Annäherung an Warschau war in erster Linie taktisch begründet. Die DDR war weder von den Ländern der NATO anerkannt noch gehörte sie den internationalen Organisationen an. Lediglich die Staaten des Ostblocks sowie einige unbeteiligte Drittstaaten unterhielten zu ihr diplomatische Beziehungen, aber auch mit diesen bestanden mit Ausnahme der UdSSR keine Abkommen, die den Rahmen für eine Zusammenarbeit bestimmen hätten. Allein verfügte Ostberlin nicht über ausreichend Durchsetzungsvermögen, um die anderen Blockstaaten dazu bewegen zu können, in Gesprächen mit Bonn die Anerkennung der DDR zur Vorbedingung für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu machen. Es benötigte die Unterstützung Moskaus und auch Warschaws, das 1966 seinerseits fürchtete, Polen könne isoliert werden, wenn diejenigen Blockländer, deren Verhältnis zur Bundesrepublik nicht durch Grenzfragen belastet wurden, Beziehungen mit Bonn aufnähmen.

Die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch Bonn stellte zwar ohne Zweifel das wichtigste Ziel in Gomulkas Deutschlandpolitik dar, nicht aber das einzige. Darüber hinaus glaube er verhindern zu müssen, daß die Bundeswehr Zugang zu Atomwaffen erhielt. Auch fürchtete Gomulka, daß eine Abschwächung des Konflikts zwischen den Blockstaaten und der Bundesrepublik einen Schritt hin zu einer Wiedervereinigung Deutschlands bedeuten könnte. Da er diese hinauszögern wollte, versuchte er, Bonn die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den Ländern des Ostblocks durch das Stellen von Vorbedingungen so schwer wie möglich zu machen. So ging Polen auch dazu über, die Anerkennung der DDR zu fordern, weil dies die Anerkennung des Status quo in Europa und damit indirekt auch der polnischen Westgrenze bedeutete.¹⁰² Die Unterstützung der DDR diente also in erster Linie eigenen Interessen.¹⁰³ Fast folgerichtig verschlechterte sich nach einer vorübergehenden Phase polnisch-ostdeutscher Zusammenarbeit, zwischen der Übermittlung der Bonner Note an die Länder des Ostblocks im März 1966 und der Unterzeichnung des bilateralen Vertrags im März 1967, das Verhältnis der beiden Staaten wieder, nicht zuletzt aufgrund von Differenzen in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. So zog sich die DDR u.a. aus der Kommission zurück, die seit Herbst 1966 unter der Leitung der beiden stellvertretenden Ministerpräsidenten Julius Balkow und Eugeniusz Szyr die Bedingungen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit festlegte.¹⁰³

¹⁰² Dies äußerte Gomulka selbst recht direkt während der Gespräche mit dem ersten Sekretär der USAP János Kádár. AAN, KC PZPR, XI A/64, Bl. 245-290, hier Bl. 254 (Protokoll des inoffiziellen Besuchs Gomulkas und Cyrankiewicz in Ungarn, Budapest, 08./09.03.1967).

¹⁰³ Zu den polnisch-ostdeutschen Spannungen u.a. SELVAGE: The Treaty of Warsaw (wie Anm. 63), S. 70; TOMALA (wie Anm. 3), S. 157 f.

¹⁰⁰ AMSZ, Dep. I, z. 9/74, w. 8. o. Pag. (dringende Notiz Marian Naszkowskis, 22.02.1968).

¹⁰¹ AAPD 1967, Bd. 2, S. 789-793, hier S. 789; Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete, Betr. Stand und Fortentwicklung unseres Verhältnisses zu den östlichen Nachbarn, 26. Mai 1967.

In einer Instruktion an die Leiter der diplomatischen Vertretungen Polens vom August 1957 schrieb Adam Rapacki: „In den deutschen Angelegenheiten muß unsere Stimme ihr Gewicht haben.“¹⁰⁴ Diese Formulierung kann man als das Motto der diplomatischen Tätigkeit Polens während der Amtszeit Gomulkas als Erster Sekretär des Zentralkomitees der PVAP in den Jahren 1956-1970 betrachten. Eine Analyse der Außenpolitik dieser Phase läßt eine klare Prioritätensetzung erkennen, der – wie in den internationalen Beziehungen geschehen – laufende Aktivitäten untergeordnet wurden. Meines Erachtens läßt sich hier von einer „Gomułka-Doktrin“ sprechen. Diese besagte, daß Warschau berechtigt sei, eigene Ziele zu verfolgen und insbesondere in der deutschen Frage seinen Standpunkt nötigenfalls auch im Gegensatz zur UdSSR zu vertreten. Diese besonderen „Befugnisse“ Polens in der deutschen Frage wurden nicht allein aus der Größe des Staates abgeleitet, sondern in erster Linie aus der fehlenden internationalen Unterstützung für die polnische Westgrenze, den Erfahrungen aus der langen polnisch-russischen und der deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte (welche ungeachtet offizieller Aussagen auch das Verhältnis zur DDR belasteten) sowie Polens Lage während des Zweiten Weltkriegs, als Bulgarien, Rumänien und Ungarn Verbündete des „Dritten Reichs“ gewesen waren.

Gomułka war ohne Zweifel die zentrale Figur, welche die Ziele der polnischen Außenpolitik ebenso wie die Art ihrer Umsetzung bestimmte. Sein Hinwirken auf eine gemeinsame Haltung der Blockstaaten zur Ostpolitik der Bundesregierung nach Übermittlung ihrer diplomatischen Note vom 24. März 1966 war die Fortführung einer bereits seit 1956 verfolgten Linie. Der Erste Sekretär des Zentralkomitees der PVAP spielte eine entscheidende Rolle bei der Ausformulierung der „Warschauer Deklaration“ im Februar 1967 und war danach bemüht, die dort genannten Bedingungen auch in die Abschlußklärung der Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien in Karlsbad (24.-26. März 1967) einzubringen. Der Begriff „Gomułka-Doktrin“ tauchte zwar während der aktiven politischen Tätigkeit Gomulkas mit Ausnahme des erwähnten Artikels von Osadczuk/Korab im „Tagesspiegel“ nicht direkt auf, doch wurde nicht nur in Polen, sondern auch in den anderen Blockstaaten sowie in der Bundesrepublik und den westlichen Ländern viel über Gomulkas besonderes Engagement für die Festlegung einer gemeinsamen Deutschlandpolitik des Ostblocks gesprochen. Der Begriff erscheint mir daher als geeignete Beschreibung für die polnischen Bemühungen, die Politik des Ostblocks gegenüber der versuchten Annäherung der Bundesregierung im Jahr 1966 zu koordinieren.

Wie das Beispiel der zweiseitigen Verträge gezeigt hat, blieben diese Bemühungen nicht ohne Erfolg, was zugleich eine Beschneidung einiger anderer Blockstaaten in ihrem Recht bedeutele, eigene politischen Ziele zu verfolgen. Dies galt auch in bezug auf die DDR. Zumindest nach Lage der hier ausge-

¹⁰⁴ AMSZ, z. 10, t. 70, w. 8, s. 126 f., hier S. 127 (chiffriertes Telegramm Rapackis an die Leiter der diplomatischen Vertretungen Polens, 06.08.1957).

werteten polnischen Quellen ist die vermeintliche Schlüsselrolle Ulbrichts bei der Ausgestaltung einer gemeinsamen Deutschlandpolitik der Blockstaaten als Antwort auf die bundesdeutsche Ostpolitik lediglich als ein Mythos zu bezeichnen. Es gelang Ulbricht weder, Polen zur Unterordnung unter die ostdeutschen Interessen zu zwingen, noch Ungarn zur Unterstützung der Position der DDR zu bewegen. Statt der von ihm gewünschten multilateralen Abkommen wurden lediglich zweiseitige Verträge geschlossen, und die Versuche Ostberlins, die Blockstaaten in diesen bilateralen Verträgen immerhin darauf zu verpflichten, sich für eine Normalisierung der deutsch-deutschen Beziehungen und eine engere Zusammenarbeit in der Grenzpolitik zu verwenden, gerteten unter dem Einfluß Warschaus und Prags zum Fiasko.

Daß Gomułka durchaus pragmatisch und flexibel genug war, sein politisches Vorgehen einer veränderten Situation anzupassen, zeigte sich wenig später. Beunruhigt durch den Abschluß eines deutsch-deutschen Handelsabkommens im März 1969 und durch Gespräche zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik, über die ihm nur wenig bekannt war, entschied er sich zu einer politischen Kurskorrektur. Offenbar weder in Absprache mit der UdSSR noch mit der DDR trat Gomułka im Mai 1969 öffentlich mit dem Vorschlag an die Bundesregierung heran, Gespräche über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu führen.¹⁰⁵ Bedingung für die Unterzeichnung eines Abkommens sollte die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze sein. Damit hatten die im Februar 1967 auf der Warschauer Außenministerkonferenz unter Gomulkas maßgeblichem Einfluß formulierten Grundsätze für eine gemeinsame Deutschlandpolitik der Blockstaaten hinter die polnischen Interessen zurückzutreten. Formal gesehen, wurden die Warschauer Beschlüsse nicht verletzt, da nicht direkt von der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik die Rede war, aber es war doch offenkundig, daß dies das Ergebnis einer eventuellen Einigung in der Grenzfrage sein würde. Im Dezember 1970 unterzeichneten Warschau und Bonn den „Vertrag über die Grundlagen der Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen“ und nahmen im September 1972, ohne den Abschluß des Grundlagenvertrags zwischen der Bundesrepublik und der DDR am 21. Dezember 1972 abzuwarten, diplomatische Beziehungen auf.¹⁰⁶ Die Führung der DDR fügte sich ebenso wie die der Tschechoslowakei gezwungenenmaßen in dieses Ausscheren Polens aus der Solidarität des Ostblocks.

¹⁰⁵ Vgl. die Notiz des polnischen Botschafters in Moskau Jan Ptasiński zum Gespräch mit dem sowjetischen Vize-Außenminister Vladimir S. Semenov vom 27.05.1969, in welchem Ptasiński Gomulkas diesbezüglichen Auftritt vom 17. Mai 1967 zu erklären hatte. AAN, KC PZPR, XI/87, Bl. 28 f.

¹⁰⁶ Allgemein dazu WANDA JARZABEK: Władze PRL wobec normalizacji stosunków z RFN w latach 1970-1975 [Die Regierung der Volksrepublik Polen gegenüber der Normalisierung der Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1970-1975], in: Rocznik Polsko-Niemiecki 12 (2004), S. 37-69.

Das Beispiel Polen legt den Schluß nahe, daß einzelne Länder des Ostblocks – vorausgesetzt, deren Führer waren willens und imstande, ihre begrenzten Handlungsmöglichkeiten zu nutzen bzw. diese zu erweitern –, durchaus Meinungskonflikte mit Moskau austragen und den Kreml bisweilen zu einer Korrektur seiner Politik bewegen konnten. Zwar galt dies nur für weniger bedeutende Angelegenheiten, wobei die Verantwortlichen der Satellitenstaaten sich vermutlich sehr wohl selbst zu beschränken verstanden und keine Vorschläge unterbreiteten, welche die Kerninteressen Moskaus direkt betrafen. Wie sich aber zeigen ließ, waren auch in wichtigen Fragen durchaus manche Handlungsspielräume vorhanden.

(Übersetzung aus dem Polnischen: Marco Wauker)

Summary

“Ulbricht Doctrine” or “Gomułka Doctrine”?
The People’s Republic of Poland and its efforts for a unified policy of the Communist bloc towards the West German Ospolitiik 1966/1967

When it became apparent with the so-called peace note of March 1966, Władysław Gomułka and the Polish leadership regarded the new orientation of the West German *Ospolitiik* as a threat to their policy towards Germany pursued up to then. Among the main aims of this German policy, which had been drafted after his obtaining the post of First Secretary of the Central Committee of the Polish United Workers’ Party (P.Z.P.R.) in October 1956, and which the author defines as “Gomułka Doctrine”, were the international recognition of the final character of the Oder-Neisse line (also by the Federal Republic) and the weakening of Bonn’s position in international politics, not least motivated by the desire to prolong, if not prevent at all, a reunification of Germany.

Like the GDR, Poland strove to take advantage of the Federal Republic’s interest in relations with the countries of the Eastern bloc in order to realize its own goals. Both states considered Moscow’s policy, which was highly interested in settling relations with the Federal Republic and in establishing broader economic contacts, and therefore did not want to confront Bonn with unpleasant demands, to be unsatisfactory.

The other bloc countries, too, were in a better starting position for talks with the West German government, since their bilateral relations with the Federal Republic were far less burdened by history. In this situation, Gomułka endeavoured to work out a joint policy for the bloc countries, which was to be based on a catalogue of conditions to be fulfilled by the Federal Republic when taking up diplomatic relations with any of the bloc countries.

One of Poland’s possible allies was the GDR, even though the leaders of the two states did not have a liking for each other and the bilateral cooperation did not work very well. In early April, both states set their conditions and tried to have them included into the joint programmes of the bloc countries. Likewise, they attempted to move Moscow to support their plan to coordinate the German policy of the Eastern bloc.

A lot has been written about the role Walter Ulbricht played in this context around 1966/67, while Gomułka’s significance has remained underestimated. The present paper intends to illuminate the activities of Polish politics at that time. Among other things, it describes the activities of the P.Z.P.R. leadership and Polish diplomacy concerning the other Eastern bloc countries, which were to be urged into solidarity with Poland at the cost of realizing their own interests.

While historians have usually restricted themselves to relations within the triangle Federal Republic – Poland – GDR, this broader perspective allows the author to integrate the conflicting interests of the individual states within the Warsaw Pact, which, from the outside, has often been perceived as a monolithic bloc.